SOZIALISTISCHE CORRESPONDENZ

13.10.70 1.- 55

DIE TARIFAUSEINANDERSETZUNG IN DER METALLINDUSTRIE

KOMMUNISTISCHE GRUPPE

FRANKFURT

1.Die Bedeutung der Metalltarifrunde für die Arbeiterklasse

a.Was steht ökonomisch auf dem Spiel?

Das seit Anfang der 60er Jahre stagnierende Lebenshaltungsniveau ist für die Arbeiterklasse unter immer schwierigeren Bedingungen einzuhalten. Die permanenten Angriffe des Kapitals auf die Reallöhne müssen im Zusammenhang mit wachsenden Reproduktionsschwierigkeiten des westdeutschen Kapitals nach der Rekonstruktionsperiode interpretiert werden.Wachsende Intensivierung der Arbeit,steigende Lebenshaltungskosten,der staatliche Lohnabbau und die sogenannte Vermögensbildung waren im letzten Jahr Ausdruck dieser Entwicklung,die sich durch das abzusehende Ende der Boomphase noch verschärft hat.

Für die Arbeiterklasse stellt sich das Problem,erreichte Positionen zu verteidigen, heute anders als noch im letzten September:Für das Kapital wird

INHALT

Die Tarifauseinandersetzung in der Metallindustrie:
Kommunistische Gruppe, Ffm 1
Arbeiterbasisgruppen, München 9

Nachtrag zu der Dokumentation über die "Cahiers de Mai" 19

Der Befreiungskampf in den portugiesischen Kolonien 21

es immer mehr zur ökonomischen Existenzbedingung, den Preis der Arbeitskraft unter ihren Wert zu drücken.
Dabei werden die Reallöhne auf verschiedenen Ebenen angegriffen: auf der "volkswirtschaftlichen" Ebene (1), und auf der Ebene der Einzelkapitalien (2). Die Bedeutung der Tarifrundenebene ist gesondert zu kennzeichnen (3).
ad (1): Die weitaus bedeutsamste Auswirkung auf die Reallöhne auf der Ebene der Gesamtwirtschaft hat die Beschleunigung der inflationären Entwicklung. Daß sich einzelne Vertreter der Bourgeoisie offen für eine gleichbleibende Geldentwertungsrate aussprechen (Arndt), zeigt allerdings noch nicht den planmäßigen Charakter dieser Entwicklung an. Sie ist vielmehr das objektive Ergebnis einer Reihe von Faktoren, von denen die Preissteigerungen der Einzelkapitalisten in ihrer Gesamtwirkung und die neben den USA auch in Großbritannien - damit den beiden wichtigsten Ländern im Weltwährungssystem - um sich greifende "Stagflation" die gewichtigsten sind.
Neben der unmittelbaren Profitsteigerung, die dadurch erzielt wird, verschafft die Inflation der ganzen Kapitalistenklasse Propagandamunition gegen die Gewerkschaften mit ihren Tarifforderungen und einer starken Fraktion der Bourgeoisie "Argumente" gegen die SPD/FDP-Regierung.
ad (2): Die handfesten Instrumente der Kapitalisten zur Drückung der Reallöhne sind Kürzungen im einzelnen Betrieb. Auf den Abbau übertariflicher Lohnbestandteile und die Verschärfung der Ausbeutung durch Rationalisierung werden die Kapitalisten im Verlauf einer sich verschlechternden Konjunktur zurückgreifen. In beiden Fällen werden dabei die Gewerkschaften und ihre betrieblichen Ableger, die Betriebsräte und in der Regel die Vetrauensleute tatenlos zusehen: bei Abbau der Übertarife wegen der Friedenspflicht und dem "freiwilligen" Charakter dieser Leistungen. Bei der Rationalisierung wegen ihres fortschrittlich kapitalistischen Standpunkts, der sie zwingt, die kapitalistischen Profitinteressen für die Interessen des gesellschaftlichen Fortschritts überhaupt zu halten.
Den Belegschaften steht gegen diese beiden Formen des Lohnraubs nur das Instrument des betrieblichen Abwehrkampfs zur Verfügung. Wie sehr die Herrschende Klasse mit einer Zunahme der Bedeutung betrieblicher Kampfebenen in der Auseinandersetzung um die Lebensbedingungen der Arbeiterklasse rechnet, kann man an den Vor

REDAKTION/ABONNEMENTS

Herausgeber und Redaktion: Betriebsprojektgruppe, Kommunistische Gruppe, Pädagogen-Gruppe, Sozialistische Arbeitergruppe, Stadtteilgruppe Roter Gallus.

Redaktionsanschrift: (Keine Einschreib-, Paket- und Geldsendungen!)
Sozialistische Correspondenz
6000 Frankfurt/Main 1
Postfach o. Nr.

Die Sozialistische Correspondenz erscheint vorerst vierzehntägig. Die Zahl auf dem Umschlag neben der Adresse ist die Nummer, mit der das Abonnement ausläuft. Bestellungen werden nur noch durch Vorausüberweisung auf unser Postscheckkonto: Frankfurt/M. 3131 45, Kontobezeichnung "Thomas Schmid Sonderkonto Sozialistische Correspondenz" entgegengenommen.

Der Preis beträgt einheitlich DM 1,-- (Doppelnummer DM 2,--) im Abonnement und in den Buchhandlungen. In den Städten mit linken Buchhandlungen bitte die SC dort kaufen, damit sich unsere Versandarbeiten in Grenzen halten.
Druck: Eigendruck
Verantwortlich für diese Nummer:
Karin Monte

schlägen zur BVG-Novelle sehen.
ad (3):Selbstverständlich werden sich die Kapitalisten auch in allen bevorstehenden Tarifrunden gegen jede materielle Lohnaufbesserung zur Wehr setzen. Aber nach den Streiks im September letzten Jahres treffen sie nicht mehr auf einen Sozialpartner Gewerkschaft,der sich problemlos an die Sachzwänge der Profitmaximierung binden läßt.Die durch außergewerkschaftliche Streiks in ihrer entscheidenden politischen Funktion,der Entschärfung des Klassenwiderspruchs,um ihre Daseinsberechtigung gebrachten Gewerkschaftsapparate sind in ihrer "Extistenzangst"(Industriekurier) dazu gezwungen,Tarifabschlüsse-und sei es mit"gewerkschaftlichen" Kampfmaßnaheme" durchzusetzen,die wenigstens die Preissteigerungen voll ausgleichen. Nur so können sie das erneute Entstehen einer ähnlich explosiven objektiven Konstellation wie im letzten Herbst in der Stahlindustrieverhindern.
Was bedeutet das für die gegenwärtige Metallrunde?
Man wird davon ausgehen können, daß eine Lohnforderung in Höhe von 15% keinesfalls von der Kapitalseite akzeptiert wird.Das läßt sich aus den zunehmenden Verwertungsschwierigkeiten des westdeutschen Kapitals begründen.Die Gewerkschaften werden aber in ihrer widersprüchlichen Situation- einerseitsihre Existenzberechtigung gegenüber der Arbeiterklasse nachweisen zu müssen,und andererseits die Profitinteressen des Kapitals (die sich für sie ja imer als volkswirtschaftliche Gesamtinteressen darstellen) zu berücksichtigen,nach der Aufarbeitung der Septemberstreiks gezwungen sein,ihre Kompromißlösungen in Form von sogenannten Zusatzforderungen zu verschleieren.Die Anrechnung der Tariferhöhungen auf bereits jetzt schon gezahlte Lohnbestandteilein Form von sogenannten kostenneutralen Vorweganhebungen (durch das Zusammenzählen von Lohnerhöhung und Absicherung) würde einen niedrigeren Abschluß vertuschen, daß z.B.bei einem Abschluß von 12% und 4% Vorweganhebung der tariflich abgesicherte Lohn jetzt um 16% höher läge als zuvor,der wirklich ausgezahlte Lohn allerdings nur um 12%.Auch der Katalog der Zusatzforderungen,wie Spätschichtzuschlag, Streichung der Altersklassenschlüssel Leistungszlagen,etc.sollen den Anschein erwecken,daß ein niedrigerer Tarifabschluß immer noch erhebliche Effektivverbesserungen mit sich bringt.Ob die IGM auch die Einbeziehung der vermögenswirksamen Leistungen in ihre Betrugsmanöver versuchen wird,hängt von der Niedrigkeit des Abschlusses ab,der "am Verhandlungstisch zu erzielen ist."

b. Welche politischen Bedingungen sind damit gesetzt? - Möglichkeiten und Inhalte des Eingreifens in die Metalltarifrunde

Heißt es nicht, mechanisch Politisches vom Ökonomischen zu trennen, wenn man den ökonomischen Inhalt der Tarifrunde von ihrer politischen Bewertung trennt?

Eine Zuspitzung des Tarifkonflikts, geschweige denn ein durch die IGMetall erzielter relativ hoher Abschluss, bedeutet keineswegs von selbst eine politische Verschärfung des Klassenwiderspruchs. Zum Begriff einer solchen politischen Verschärfung gehört notwendig ein Fortschritt der Arbeitermassen in ihrer Selbstkonstitution als Klasse. Ein solcher Fortschritt vollzieht sich nicht nur in Formen des Konflikts, sondern in Bewusstseinsprozessen, durch die der Inhalt des Konflikts immer weniger falsch, immer mehr als Klassenkonflikt begriffen wird. Der objektive (ökonomische) Inhalt des Konflikts und seine subjektive Auffassung, seine Auswirkung auf das Klassenbewusstsein, fallen nicht notwendig zusammen. Die Prognose über das zu erwartende Ergebnis der Tarifrunde - Höhe des Abschlusses, Schärfe der Auseiandersetzung zwischen IGM und Unternehmerverband, Möglichkeit der Zuspitzung bis zum von der IGM organisierten Streik - bezeichnet nur den Rahmen, innerhalb dessen sich das Eingreifen revolutionärer Gruppen bewegen

kann. Das Eingreifen selbst hat nicht eine Veränderung der objektiven Ergenisse der Tarifrunde - Verbesserung der materiellen Lage der Arbeiterklasse - zum Ziel, als vielmehr die Einleitung von Bewußtseinsprozessen, sichtbar unter anderem in der positiven und aktiven Aufnahme von Agitationsinhalten.

Der Entwicklungsgang dieser Bewußtseinsprozesse bewegt sich von der Einsicht in die Unmöglichkeit, innerhalb des Kapitalismus auf die Dauer wirksam Tagesinteressen vertreten zu können, bis zum Begreifen der möglichen und notwendigen Transformationen der kapitalistischen Produktionsweise. Solche Bewußtseinsprozesse hängen im Ausmaß ihrer Entwicklung von materiellen Bedingungen ab: von stattfinden Kämpfen, in denen der Klassenantagonismus sinnlich erfahrbar wird, und von der Herausbildung autonomer Organisationsformen der Arbeiterklasse.

In diesem Zusammenhang ist sowohl der Gegenstand und die Art und Weise der Kämpfe als auch die organisatorische Form, von der sie getragen werden, keineswegs gleichgültig für das sich entwickelnde Bewusstsein. Davon hängt vielmehr entscheidend die Möglichkeit ab, in welchem Ausmaß kommunistische Interpretationen mit dem tatsächlichen Ablauf der Kämpfe auch für die Arbeitermassen einsichtig zur Deckung gebracht werden können.

Für die genauen Inhalte der Agitation und die in ihr formulierten Zielsetzungen und Zuspitzungen ist aber vor allem ausschlaggebend, von welchem Bewußtseinsniveau aus die vorwärtstreibenden Momente entwickelt werden müssen:

Während der letzten Jahre erschienen die Tariflöhne als durch eine wirtschaftliche Automatik festgesetzt. Dieser Anschein hatte seine materielle Grundlage in der Hochkonjunktur mit ihrem Arbeitskräftemangel und dem daraus folgernden hohen Marktpreis der Arbeitskraft. Diese Lage auf dem Arbeitsmarkt fand zusätzlich Ausdruck in der immer größer werdenden Kluft zwischen Tarif- und Effektivlöhnen. Beides, die scheinbare Automatik der Tariflohnerhöhungen und die relativ abnehmende Bedeutung des Tariflohns für den Gesamtlohn, bildet den Ausgangspunkt für eine außerordentlich gleichgültige Haltung der Arbeitermassen gegenüber der gewerkschaftlichen Tarifpolitik. Dieses Fehlen von Kampfbereitschaft für die materielle Grundlage der "bürokratischen Gewerkschaftspolitik" zu erklären (so die SAG Frankfurt), heißt den Spieß umdrehen und den hervorragenden Beitrag der Gewerkschaften zur Entpolitisierung der Arbeiterklasse unter den Tisch zu kehren. Aber genauso falsch ist es, diese mit Erfahrungen aus der Rezession 66/67 und aus dem Betriebsalltag angereicherte Gleichgültigkeit der Arbeitermassen als politische Kritik - oder deren Keimform - am Arbeiterverrat der Bürokratie zu vereinnahmen (so etwa die PL/PI). Die mit einer solchen Gleichgültigkeit durchaus vereinbare Bonzenkritik enthält bloß Elemente der politischen Kritik, in ihrer gegenwärtigtigen Form ist sie offen für die Gewerkschaftskritik von rechts.

Die in den Gewerkschaftszentralen geleistete Aufarbeitung der Septemberstreiks hat eine gegenüber 1969 veränderte Situation geschaffen. Die Gewerkschaftsspitzen haben sich durch ihre Wortradikalität und eine Reihe von grundsätzlichen Überlegungen (vgl. das IGM-Papier zur "Vertrauenskrise"; oder die Sellungnahme von Thönnesen-IGM zur Neubewertung spontaner Streiks) eine größere Bewegungsfreiheit gesichert. Die in Resolutionen an die Tarifkommisionen gegossenen Initiativen der kampfbereiten, durchaus aktiven Gewerkschafter hat zudem ein Gutteil des vorhandenen "Dampfs" schon ablassen helfen.

Diese konkrete Lage verknüpft sich mit der gegenwärtig noch allgemeinen Distanz gegenüber Tarifverhandlungen - sie gelten nicht als "unsere eigene Sache" - zu einem Gesamtbild, das die Metallrunde nicht als die nächste Stufe des ökonomischen Kampfes erscheinen

läßt: eines ökonomischen Kampfes, der durch seine spezifischen Inhalte, seine Formen und die Interpretationen, die er erfährt, praktisch politische Ausbildung leistet.

Widersprechen nicht die in der "UZ" als "Rückenstärkung für die Tarifrunde" bezeichneten zahlreichen spontanen Streiks in der Metallindustrie diesen Einschätzungen? - Keineswegs. Das Kennzeichnende für die ganzen zurückliegenden Streiks waren betriebsspezifische Anlässe für die Auseinandersetzung, die sich in dem Klima allgemeiner publizistischer Lohnauseinandersetzung häufen mögen. Auch die Streiks gegen die Abschaffung der Mitbestimmung in der Montanindustrie (den dem Montanbereich zu über 50% entwachsenen Mischkonzernen) hatten das Mitbestimmungsproblem in einer betriebsspezifischen Konkretion z Gegenstand. Zudem stehen gerade bei Krupp umfassende Rationalisierungen durch Umlegungen an, die 5000 Mann betreffen. Die paritätische Mitbestimmung- selbst in einer so konkreter Lage- als Gegensatnd einer Kampfaktion hat allerdings bestimmte Voraussetzunegn: einen hohen gewerkschaftlichen Organisationsgrad als feste Basis, und erst auf dieser Grundlage eine starke Verankerung der sozialdemokratischen Mitbestimmungsideologie.
Diese Streiks drücken den gegenwärtigen Zustand richtig aus.
Das politische Interesse an überbetrieblichen Kampfbewegungen kann unter solchen Bedingungen leicht in Überbewertung der - für sich genommen- formalen Kampfesäußerungen umschlagen. An bestimmten überbetrieblichen Bewegungen, die nach allen Seiten hin von den Gewerkschaften kontrolliert sind, lassen sich politisch weitertreibende Elemente äußerst schwer entwickeln. Insofern dürfen sie nicht ohne weiteres als höhere politische Qualität gegenüber einer Bewegung betrieblicher Kampfaktionen gelten.
Die vorauszusehenden Angriffe auf Übertarife und die Rationalisierungswelle während der nächsten Zeit müssen deshalb nicht nur als objektive Tendenz in der Agitation bezeichnet werden, sondern sie müssen als das behandelt werden, was sie sind: die vorhersehbar entscheidenden Ansatzpunkte für kämpferisch austragbare Konflikte in der nächsten Zeit, in denen die politische Interpretation der Auseinandersetzungen Boden gewinnen kann.
Daß die Metall-Tarifrunde mit ihrem ganzen Propagandalärm dennoch zum Ausgangspunkt einer Agitation gemacht wird, dafür spricht dieser Lärm selbst: die Atmoshäre der "Öffentlichkeit", die in dieser Zeit die Auseinandersetzungen umgibt. Aber diese Agitation muß sich mit der Interpretation dessen begnügen, was auf dem Spiel steht. Außer den entscheidenden grundsätzlichen Erwägungen erlaubt schon die geringe Verankerung der Frankfurter Betriebsgruppen in den Betrieben kein offensives Eingreifen in die Tarifauseinandersetzungen: in einem Augenblick wo Betriebsgruppen als organisatorische Vermittlungsebene zur Durchsetzung von Forderungen noch nicht praktisch in Konflikte eingreifen können, besteht hierfür keine reale Möglichkeit.

Welche Inhalte müssen in der Agitation hervorgehoben werden?

Die defensive Beschränktheit gewerkschaftlicher Kämpfe im Kapitalismus muß immer betont und möglichst am Inhalt entwickelt werden (z.B. steigende Preise, Arbeitsdruck etc), gleichzeitig muß die Überzeugung geweckt werden, daß die Existenzerhaltung der Arbeiterklasse auf dem gegebenen Niveau der Lebenshaltung ohne organisierte militante Aktionen nicht mehr möglich ist.
Das bedeutet nicht den Verzicht auf den Kampf um Tagesinteressen im Gegenteil: erst in diesem Zusammenhang können Kämpfe um materielle Interessen mit dem vollen Bewußtsein über die kapitalistische Wirklichkeit geführt werden, erst so sind Wege der Ausbildung revolutionär -politischer Momente in einem entstehenden trade-unionistischen Bewußtsein der Arbeiterklasse anzugeben.

2. Was bedeutet das für unser Eingreifen in die Metalltarifrunde?

In unserem Papier über Agitation und Propaganda (SC 52/53) haben wir die notwendige Einheit von Klassenbewußtsein, Kampf und Organisation zu begründen versucht. Ziel der gegenwärtigen Etappe unserer Arbeit ist der Aufbau von Betriebsgruppen. Deshalb spielt der Kampf um Verbesserung der materiellen Situation des Proletariats immer schon eine vermittelte Rolle. Wir meinen, daß sich die Begründung von Organisations- und Kampfformen für den gegenwärtigen Stand von Arbeiterbewußtsein in der Regel nur auf betrieblicher Ebene aus den Anforderungen der Auseinandersetzungen konkret entwickeln läßt. Eine solche Auseinandersetzung stellt die Tarifrunde nicht dar. Der organisatorische Rahmen, in dem sie ausgetragen wird, ist immerschon vorausbestimmt: der grüne Tisch der Sozialpartner, im besten Falle organisatorisch und ideologisch von der IGM kontrollierte Streiks. Von den revolutionären Zirkeln läßt sich aus diesem Grunde weder ein mit richtigem Bewußtsein in Angriff genommener Kampf, noch eine andere Form der Organisation als innergewerkschaftliche Opposition schlüssig aus dieser Auseinandersetzung ableiten. Deshalb stellen wir auch keine Forderungen auf und erlassen keine Organisationsaufrufe, sondern begnügen uns mit propagandistischen Interpretationen, in denen versucht wird, den Gegenstand des Lohnkampfs aus den Widersprüchen des Kapitalverhältnisses als Kampf um die Existenzerhaltung der Arbeiterklasse zu entwickeln, die Widersprüche der gewerkschaftlichen Politik zu darzustellen und die Unzulänglichkeit der 15% -Forderung zu begründen. Gleichzeitig weisen wir darauf hin, wo in nächster Zukunft der Kampf um das Lebensniveau des Proletariats weitergeführt werden muß: im Betrieb. Die Notwendigkeit der Initiierung und Durchführung solcher Kämpfe begründet konkret die Organisationsform der Betriebsgruppe; die Tarifauseinandersetzugn tut das nicht.

Verhält sich eine politische Agitation, die Lohnauseinandersetzungen bloß interpretiert, in Wahrheit nicht unpolitisch? Diese Frage mag sich denjenigen Genossen aufdrängen, die wie die Münchner ABGs mit einem ganzen Satz eigener Forderungen in die Tarifrunde eingetreten sind. Für das entscheidende Mißverständnis, was solchen Fragen zugrunde liegt, halten wir folgendes: Für die Herausbildung revolutionärer proletarischer Organisationen führt an der Schule ökonomischer Kämpfe kein Weg vorbei. Die gegenwärtig bestehenden Zirkel aber als umfassend politisch tätige Organisationen auffassen, die jede progressive Tendenz in der Gesellschaft ihres objektiven Gehalts wegen begrüßen, heißt, darauf verzichten, mit der größtmöglichen politischen Sorgfalt an den ökonomischen Auseinandersetzungen diejenigen Momente zu entwickeln, welche in der Einheit von Kampf- und Organisationsformen mit Klassenbewußtsein politisch den Zusammenhang des illusorischn Verteilungskampfes durchbrechen.

Die politischen Organisationen, die sich jetzt schon als proletarische Organisation aufführen, sind ihrer programmatischen Qualität und praktischen Verankerung nach der Notwendigkeit noch nicht enthoben, die Lernprozesse eines in Bewegung geratenen Proletariats nach allen Seiten zur Grundlage ihrer eigenen Organisation zu machen. Treten sie schon als politische Führungsorganisation auf, bleiben ihnen derartige Lernprozesse mit Notwendigkeit äußerlich, Ergänzungen. Damit treten diese Organisationen selbst an die Stelle der Arbeiterklasse, der sie so andererseits auch noch die unentwicklesten Organisationsansätze zur Verarbeitung von Kampferfahrungen rauben! Die Richtung, in die dieses fatale Selbstmißverständnis zeigt, ist der konsequente politische Substitutionalismus (s.u.)

Wir unterstreichen noch einmal den konkreten Charakter unserer Begründung für das Nicht-Eingreifen mit eigenen Forderungen. Selbstverständlich sind Bedingungen denkbar, unter denen in einer Tarifrunde den Arbeitermassen die Erfahrung des einheitlich ausgeübten Drucks auf den Gewerkschaftsapparat politisch vermittelt werden kann. Für die gegenwärtige Auseinandersetzung haben wir solche konkreten Begründungen nirgens entwickelt gefunden.

3. Zur Kritik an der PL/PI

Das Papier der PL in der RPK 79 erweckt den Schein einer allgemeinen strategischen Begründung für das Eingreifen in tarifliche Lohnauseinandersetzungen. Andererseits ist schwer auszumachen, was an dem Papier als konkrete, aktuelle Begründung gemeint ist und was als grundsätzliche strategische Bestimmung. Deshalb besteht die Gefahr, daß eine Kritik an der tatsächlichen Politik der PL/PI vorbeischießt.

Wir können hier nicht diskutieren, ob die Einschätzung, daß sich der Konflikt bei Siemens auf einen Streik mit spezifischen, von der PL erhobenen Forderungen zuspitzen läßt, realistisch ist; die materiellen Bedingungen dafür hätten allerdings in dem Papier mit benannt sein müssen.

Man muß das Eingreifen von revolutionären Zirkeln in die Tarifrunde unter dem Gesichtspunkt von konkreten möglichen, d.h. agitatorischen, propagandistischen und organisatorischen Perspektiven diskutieren. Betriebsgruppen sind nicht Träger der tariflichen Lohnfestsetzung; ihr Eingreifen macht sie deshalb unter den Bedingungen fehlender breiter Kampfstimmung zum Anhängsel der organisatorisch und ideologisch auf Tarifverhandlungesebene notwendig überlegenen IGM. In die Tarifrunde aber aktiv eingreifen wollen und doch nicht als Anhängsel der IGM auftreten - das läßt als Ausweg bloß offen, in je jedem Fall höhere Forderungen zu stellen als die IGM-Kommissionen. Dieses Dilemma scheint bei der PL verantwortlich zu sein für den plitischen unklaren Charakter ihrer Forderungen: Sind sie ernsthaft als aktuelle Mobilisierungsinstrumente angelegt, oder sind sie propagandistische Elemente, die eine Reihe konkreter Forderungen während z.B. des nächsten halben Jahres fundieren sollen?

Eine Politik der unmittelbaren Mobilisierung - auch für scheinbar "politisch sprengende" Forderungen - zur Tarifrunde ist nach unserer Einschätzung illusorisch; die Propaganda von politisch sprengenden Forderungen erfordert dann aber auch die notwendige Exaktheit und Ausführlichkeit der Begründung. Die radikaleren Forderungen sprechen natürlich auch unter dem Gesichtspunkt von Kampfperspektiven nicht für sich selbst und haben keinen eigenen agitatorischen Stellenwert. Genausowenig führen einheitliche Forderungen geradlinig zur Vereinheitlichung der Arbeiterklasse sie können Ausdruck von Klassensolidarität sein, führen sie aber nicht notwendig herbei. Sie sprengen auch nicht von vornherein den Rahmen, in dem aus volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten Verteilungsinteressen ausgehandelt werden, wie man an der einheitlichen 100-Mark-Forderung der ÖTV von Ende letzten Jahres sehen kann. Die Voraussetzungen für eine solche Sprengung des kapitalistischen Verteilungsmechanismus müssen erst geschaffen werden. Es müssen die Zusammenhänge aufgezeigt werden, in denen der Lohn notwendig als Arbeitsentgelt erscheint und der Profit als Lohn des Kapitals; dem gegenüber muß entwickelt werden, ein Begriff von Lohn im Zusammenhang der Bewegungen von Wert und Preis der Ware Arbeitskraft, die in ihrer Höhe ein Verhältnis von Klassenkräften ausdrücken. Daraus können dann Forderungen abgeleitet werden, die sich aus den Reproduktionsbedingungen der Arbeiterklasse auf dem gegenwärtigen

kultureilen Niveau und den Exploitationsbedingungen im Arbeitsprozeß begründen und von einem klaren Bewußtsein antagonistischer Widersprüche ausgehen. Das sind Aufgaben kontinuierlicher Agitations- und Propagandaarbeit.
Dieser allgemeine Begründungszusammenhang wird in dem Papier der PL nicht klar: der Defensivcharakter ökonomischer Kämpfe wird durch die Scheinradikalität der Forderungen verdeckt; damit aber auch der Zusammenhang von politischem und ökonomischem Kampf: der Kampf um die Einheitsforderung erscheint schon für sich als politischer. Ganz abgesehen davon, daß dadurch Illusionen über die Möglichk eit schrittweiser Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse im Kapitalismus erweckt werden, ist überhaupt nicht angegeben, in welcher Weise sich Entwicklungsprozesse von Klassenbewußtsein einleiten lassen, die ja die Voraussetzung für das Zustandekommen politishc einheitlicher Aktionen der Arbeiterklasse bilden. Entsprechend ist auch in dem Abschnitt über die "Dialektik von Aktion und Organisierung" der Zusammenhang von Bewußtseinsinhalten und ihren materiellen Ausdrucksformen in Kämpfen und Organisationsformen gar nicht reflektiert, daher erscheint der Aufbau von Abteilungsgruppen bloß als mehr oder weniger technischer Prozess, zumal auch der Begriff von "Aktion" in diesem Zusammenhang sehr undurchsichtig bleibt.

4. Zur Kritik an den Arbeiterbasisgruppen

Zentrale Kritikpunkte an den ABG wurden von der PL/PI richtig erkannt. Lohngleitklauseln zementieren das Bewußtsein von der Naturwüchsigkeit der Verteidigung materieller Lebensinteressen der Arbeiterklasse - also ein Beweußtsein, was gerade durch das Vertrauen auf die Automatik der Tariflohnerhöhungen verzerrt ist. Insofern sind die Lohngleitklauseln als propagandistische Instrumente gegenüber der Aufgabe, Kampfbereitschaft inhaltlich zu begründen, ungenügend. Und in Bezug auf den "mobilisierenden" Stellenwert der Lohngleitklausel-Forderung machen die Münchner Genossen ja selbst einige Einschränkungen. Sonst sind die Agitationsinhalte - der Zusammenhang mit den Reproduktionsbedingungen der Arbeiterkalsse, Lohnkampf als Teilkampf - richtig entwickelt worden; auch, daß der Kampf um einen dem Wert der Ware Arbeitskraft äquivalenten Lohn in zunehmendem Maße an die Grenzen der kapitalistischen Produktionsweise stößt.
Die wichtigste Kritik aber ist folgende: Bei den Münchner Genossen hat sich der Kampf um das Lebensniveau der Arbeiterklasse in seiner politischen Bedeutung so weit verselbständigt, daß sie gar nicht mehr die konkreten Elemente entwickeln, die die gegenwärtige Tarifauseinandersetzung politisch als Kampf ums Lebensniveau der Arbeiterkalsse erscheinen lassen könnten. Es ist deshalb auch konsequent, daß sie über die politische Rolle der Arbeiterbasisgruppen in der Auseinandersetzung kein Wort verlieren. Die gegenwärtig zentrale Frage jedes qualitativen politischen Fortschritts ist für die ABG keine mehr: Wie kann der Klassenwiderspruch in die Form des Kampfs einer sich ausbildenden, einheitlichen Arbeiterklasse gebracht werden?
An die Stelle dieser Frage tritt die Frage der theoretischen Haltung der Zirkelorganisation zum Klassenwiderspruch, der Klassenkampf kommt bloß in seiner verballhornten Form des propagandistischen Gefechts zwischen Kommunisten und sozialdemokratischen Gewerkschaften. vor.
An die Stelle der handelnden Arbeiterklasse tritt die stellvertretend proklamierende kommunistische Zirkelorganisation.

Redaktioneller Hinweis:

Das hier abgedruckte Papier der KG ist ein Arbeitspapier, das drei Wochen vor der Metall-Tarifrunde

entstand und der L/PI Westberlin (s. RPK 79/28.[illegible].70) sowie den Arbeiterbasisgruppen München (s.u.) als Antwort auf ihre Stellungnahmen zugeschickt wurde. Die noch ältere, bisher nicht veröffentlichte Stellungnahme der Münchner Gruppen, auf die das Papier der [illegible]G eingeht, wird auf deren Wunsch hier dokumentiert.

Arbeiterbasisgruppen München

...Laut den "Richtlinien zur Tarifbewegung 70" der IG Metall wird im Gegensatz zum letzten Jahr die Tarifbewegung regional geführt und sollen die Lohn- und Gehaltsverhandlungen während der Kündigungszeit begonnen werden.
Vor einem Jahr waren die ABG unseres Wissens die einzige marxistisch-leninistische Zirkelorganisation, d[illegible] nicht erst auf das 8-Prozent-Ergebnis reagierte, sondern im Rahmen der Kampagne "Klassenkampf statt Wahlkampf" frühzeitig in die Tarifauseinandersetzung in der Metallindustrie eingriff. Mit der Unterstützung ind Propagierung der Forderung eines Münchner Betriebs ("15 Prozent und kein Prozent weniger") vor Beginn der Spitzengespräche wurde die Voraussetzung geschaffen
1. für eine konkrete Entlarvung der IG-Metall-Führung während der Spitzengespräche, 2. für eine materialistische Ableitung der Kampagne gegen den Parlamentarismus und 3. für die Ausdehnung der Streikbewegung im September auf Münchner Betriebe.
Inzwischen sind durch das Anwachsen der marxistisch-leninistischen Zirkelorganisationen und durch die in verschiedenen Zirkeln gemachten Fortschritte in der Bestimmung der Wichtigkeit des ökonomischen Kampfes und in der Gewerkschaftsfrage die Voraussetzungen für ein überregionales Eingreifen in die Tarifauseinandersetzung besser geworden...
Aus der Tatsache, daß sich in diesem Jahr das Eingreifen in die Tarifauseinandersetzung nicht verbinden läßt mit einer so offensichtlich politischen Kampagne wie der gegen den Wahlkampf, kann nicht gefolgert werden, daß ein Eingreifen in die Auseinandersetzung in der Metallindustrie dieses Jahres für uns von untergeordneter Bedeutung ist. Vielmehr ist dieser Bereich für die Arbeit der Kommunisten in der gegenwärtigen Entwicklungsphase des Klassenkampfs in Westdeutschland und Westberlin besonders wichtig. in "Lohn, Preis und Profit" sagt Marx, daß ein Verzicht auf den Kampf für die Interessen der Arbeiterklasse im Kapitalismus die Arbeiterklasse außerstande setzen würde, "irgendeine umfassende Bewegung ins Werk zu setzen". Die Notwendigkeit der Entfaltung des ökonomischen Kampfs der Massen als Voraussetzung für den Kampf der Massen für den Sozialismus gilt besonders für eine Situation erst sehr gering entwickelter Massenkämpfe wie in Westdeutschland und Westberlin. Hinzu kommt, daß - wie wir im folgenden zu belegen versuchen - die Lage der Arbeiterklasse auf der einen Seite und die Verwertungsbedingungen des Kapitals auf der anderen Seite sich so entwickelt haben, daß in dieser Tarifauseinandersetzung mit einer Verschärfung des Klassenwiderspruchs gerechnet werden muß.

1. WIE WIRD SICH DIE IG-METALL VERHALTEN?

Die IG-Metall-Führung bzw. die IG-Metall-Spitzen in den einzelnen Tarifgebieten werden diese Tarifauseinandersetzung wesentlich härter durchführen als letztes Jahr. Der Grund dafür besteht nicht darin, daß sich die Gewerkschaftsführung und ihr Funktionärsapparat inzwischen zu einem Instrument des Klassenkampfs der Arbeiterklasse gewandelt hätten. Sondern darin, daß sich die Gewerkschaftsführung und ihr Funktionärsapparat nach den Septemberstreiks und aufgrund der Stimmung der Arbei-

terklasse unter den Gewerkschaftsmitgliedern und der Mehrzahl der unteren Funktionäre gezwungen sehen, ihre Existenzberechtigung unter Beweis zu stellen. Wenn ihnen dies nicht gelingt, wenn die Politik der Gewerkschaftsführer und das Handeln der Arbeiterklasse völlig auseinanderklaffen, dann haben sie in ihrer bisherigen Form auch für das Kapital keinen Wert mehr. ...Auf dieser Grundlage läßt sich das konkrete Verhalten der IG-Metall-Führung und ihres Funktionärsapparates etwa wie folgt angeben:

a) Die Ausgangsbasis wird wahrscheinlich 15% sein. Die 15%-Forderungen wurden auf allen Ebenen aufgestellt. Auch die Vertreterversammlung in München vom 22.7. forderte 15%. Um ein Zurückgehen hinter die 15% in den Verhandlungen propagandistisch kompensieren zu können, wird die IG-Metall-Führung, bzw. die regionalen IG-Metall-Spitzen u.U. wie früher eine oder mehrere Zusatzforderungen, die keine Lohnforderungen im engeren Sinn sind, mitaufstellen und in Prozent verrechnen.

b. Schon jetzt zeichnet sich ab, daß auch die IG-Metall-Spitzen die Politik des Säbelrasselns verfolgen werden. Auf der Ebene von Gerüchten wird auf die Möglichkeit des Streiks hingewiesen; ein ähnlicher orakelhafter Hinweis ist da enthalten, wo die Mitglieder zur Überprüfung ihrer Beitragsleistung aufgefordert werden.

c. Zumindest sind die IG-Metall-Spitzen bereit, gegebenenfalls bis zur Drohung mit der Urabstimmung zu gehen...Denn die Aufarbeitung der Septemberstreiks in der Gewerkschaftsführung läßt den Schluß zu: vor die Alternative gestellt, wieder mit spontanen Streiks (auch lokalen, die sich ja ausweiten können) konfrontiert zu werden, oder aber selber begrenzte Streiks durchzuführen, wird die Gewerkschaftsführung das letztere tun - und zwar dort, wo die Streikbereitschaft am größten ist, um diese abzufangen und um durch das Konzept der Begrenzung auf Schwerpunktstreiks einer Ausweitung der Streiks vorzubeugen.

2. VORAUSSICHTLICHES VERHALTEN DER BUNDESREGIERUNG, VERHALTEN DER GEWERKSCHAFT ZUM LANDTAGSWAHLKAMPF IN BAYERN.

Die bisherigen Äußerungen der Bundesregierung lassen zumindest die Absicht erkennen, nicht in die Tarifverhandlungen in der Metallindustrie einzugreifen. Dies heißt nicht, daß die Bundesregierung nicht mit dem Mittel des Meinungsdrucks einer 15-%igen Lohnerhöhung engegenwirken wird. Aber sie hat keine Lohnleitlinien formuliert, und die nächste Sitzung der konzertierten Aktion ist für die Zeit nach den Tarifverhandlungen angesetzt.

Die Haltung der Bundesregierung hat folgende Ursachen: Die SPD/FDP-Regierung erweist sich im einsetzenden Konjunkturabschwung als keine "handlungsfähige" Regierung, so wie es die Erhardregierung war. Regierungen dieses Typs sind mehr ein Ausschuß, der die Geschäfte der gesamten Kapitalistenklasse zu besorgen hat, als ein Instrument der Unterwerfung der gesamten Kapitalistenklasse unter eine bestimmte Fraktion des Kapitals. (die faschistische Machtübernahme 1933 dagegen stellt nicht nur die Umwandlung der parlamentarischen Form der Diktatur der Kapitalistenklasse in die unverhüllte Gewaltherrschaft über die Arbeiterklasse dar, sondern ist ebenso der Ausdruck der Tatsache, daß die Fraktion der Schwerindustrie sich auch gegenüber der restlichen Kapitalistenklasse durchsetzt.) Die Interessenübereinstimmung der einzelnen Fraktionen des Kapitals ist größer, wenn es darum geht, die kapitalistische Wirtschaft mit Staatssubventionen und Lohnstop wieder aus der Rezession herauszumanövrieren, als wenn in einer Situation der immer noch bestehenden Hochkonjunktur und

des verschärften Konkurrenzkampfs Maßnahmen ergriffen werden sollen, die den Konjunkturabschwung "abbremsen" sollen (sowohl dem bis vor kurzem von der Bundesregierung betriebenen Verzicht auf "konjunkturpolitische Maßnahmen" als auch der jetzigen Konjunkturpolitik der Bundesregierung entsprechen deutliche Fraktionierungen der Kapitalistenklasse.) Diese Erscheinung erklärt sich aus dem Charakter und der Funktion der Krise im Kapitalismus, die grundsätzlich von der kapitalistischen Produktionsweise erzwungen wird und aus der die Kapitalistenklasse "gereinigter"(d.h. weiter konzentriert) und vorübergehend geeinigter hervorgeht. Hinzu kommt, daß die Bundesregierung gerade bei der IG Metall heute mit wesentlich mehr Widerstand gegen Lohnleitlinien rechnen müßte als bei den Lohnleitlinien der Großen Koalition. Denn wenn die Gewerkschaftsführung heute Mühe hat, ihre Existenzberechtigung nachzuweisen, dann ist das zum großen Teil die Quittung dafür, daß sie sich an Lohnleitlinien binden ließ, die in der Aufschwungphase von den Kapitalisten selber in der Konkurrenz um die Ware Arbeitskraft über den Haufen geworfen wurden.

2.2 Termin, Durchführung und damit auch das Ergebnis der Tarifverhandlungen in der Metallindsutrie vor einem Jahr waren von der Rücksichtnahme der Gewerkschaftsführung auf den Wahlkampf der SPD geprägt (Analyse dazu siehe Dokumentation "Klassenkampf statt Wahlkampf"). Die Bayerischen Landtagswahlen im Herbst dieses Jahres werden dagegen von vornherein keine solche Rolle für das Verhalten der bayerischen IG-Metall-Führung spielen, da diese Wahlen nicht nur für die SPD- und die Gewerkschaftsführung keine solche Bedeutung haben wie die Bundestagswahlen oder die Wahlen in einem Land wie Nordrhein-Westfalen....

3. WIE WIRD SICH DAS KAPITAL VORAUSSICHTLICH VERHALTEN?

Natürlich kann man nicht mit exakten Zahlen angeben, ab welcher Schmälerung der Profitrate das Kapital seine Verwertung so sehr eingeschränkt sieht, daß es vorübergehend lieber auf die Verwertung verzichtet und es auf einen harten Arbeitskampf ankommen läßt. Dennoch lassen die Entwicklung der Profitrate in den letzten Monaten und die aktuellen Zukunftsaussichten den Schluß zu, daß das Kapital in der Metallindustrie einer Lohnforderung, die so sehr über den Lohnerhöhungen der letzten Jahre liegt wie 15%, einen sehr harten Widerstand entgegensetzen wird. Zu der folgenden Einschätzung der Lage des Kapitals ist vorweg zu sagen, daß sie zumindest durch eine umfassendere Aufarbeitung der zugänglichen Daten überprüft werden muß.
Wenn wir hier zu belegen versuchen, daß eine Lohnerhöhung in der Nähe von 15% dem Kapital hart ankommt, dann ist dies natürlich relativ, d.h. in Bezug auf die bisherige Entwicklung zu sehen, die sich durch ein für das westdeutsche Kapital im Vergleich zu anderen kapitalistischen Ländern besonders günstiges Verhältnis zu Löhnen und Produktivität auszeichnete. Während die Gewerkschaftsführung (zumindest nach außen) die Lage des Kapitals als recht rosig darstellt, berücksichtigt unsere Betrachtungsweise, daß gerade die relative Verschlechterung für das Verhalten des Kapitals ausschlaggebend ist. Der Unterschied in der Betrachtungsweise ist in der Stellung zum Kapitalismus begründet: Da die Gewerschaftsführung für die Erhaltung des Kapitalismus ist, macht sie die Höhe ihrer Lohnforderungen von der Lage der "Volkswirtschaft", also des Kapitals abhängig (Wenn es dem Kapital gut geht, soll es auch den Arbeitern gut gehen. Wenn dies nicht der Fall ist, steckt die Gewerkschaft freiwillig

zurück.) Vom Standpunkt des Proletariats geht es dagegen darum, die Lage des Kapitals unter dem Gesichtspunkt des Kräfteverhältnisses zwischen Arbeiterklasse und Kapitalistenklasse zu untersuchen.

3.1 Die in der Konjunkturanalyse vom Genossen Altvater (SoPo 5,S.29) benutzte Darstellung .. zeigt noch bis Mitte 69 ein ungebrochenes Ansteigen des Produktionsergebnisses je Beschäftigtenstunde bei gleichzeitigem Sinken des Anteils der Löhne und Gehälter an Produkt-undUmsatzeinheit...Die Fortsetzung der von Altvater benutzten Darstellung..zeigt eine starke Tendenzwelle in Richtung eines Steigens der Löhne und Gehälter an der Produkt-und Umsatzeinheit,(wobei aufgrund von Preiserhöhungen der Anteil des Lohns an der Umsatzeinheit geringer steigt als an der Produkteinheit.) Auf der anderen Seite, vor allem durch die internationale Marktlage, verringert sich die Möglichkeit durch Preisaufschläge Extraprofite zu machen. Erst kürzlich erhob sich unter den westdeutschen Kapitalisten ein großes Protestgeschrei, denn "die US-Regierung versucht jetzt mit Gewalt,die amerikanische Zahlungsbilanz durch massive Exportförderungen und drastische Importbeschränkungen wieder ins Gleichgewicht zu bringen."(IK 18. 7.7o) Dadurch wird vor allem die metallverarbeitende Industrie der BRD (einschließlich Autoindustrie strie) betroffen; innerhalb der metallverarbeitenden Industrie wiederrum die westdeutschen Elektrokonzerne, die besonders in der Elektronik auch bisher schon einem scharfen Konkurrenzdruck durch die US-Konzerne ausgesetzt waren.

3.2 Sehr schwierig wird es mit den uns vorliegenden ökonomischen Daten die objektiven Voraussetzungen der Kapitalisten für das Eingehen und Durchhalten eines Arbeitskampfes abzuschätzen. Für extreme Fälle wäre dies noch ziemlich leicht möglich- wenn die Kapitalisten hohe Auftragseingänge haben und die Kapazitäten voll ausgelastet sind, werden sie einen Produktionsausfall durch Streik möglichst zu vermeiden suchen - wenn die Produktion dagegen sowieso auf Grund der Absatzschwierigkeiten stockt, wird die Bereitschaft, es auf den Arbeitskampf ankommen zu lassen, sicher größer sein. Vorsichtig ausgedrückt, kann man sagen, daß im Vergleich zum Sommer bis Herbst vorigen Jahres die Situation eher in die Richtung des zweiten Extrems weist....

Was den Widerstand der Kapitalisten gegen eine Lohnerhöhung anbelangt, so kann auf keinen Fall aus der "immer noch serh angespannten Lage auf dem Arbeitskräftemarkt" gefolgert werden, daß dieser Widerstand gering sein wird. Arbeitskräftemangel führt zwar dazu, daß die Einzelkapitalisten mit Effektiverhöhungen der Löhne um die Arbeitskraft konkurrieren. Aber zum einen sieht jeder einzelne Kapitalist seinen Spielraum für Effektivlohnerhöhungen schwinden, wenn die Tariflöhne erhöht werden. Zum andern bilden die Kapitalisten einer Industrie in Tarifverhandlungen von vornherein eine Einheit gegen die Arbeiter und Angestellten.

Zusammenfassend kann man sagen, daß weder die IG-Metall noch die Kapitalisten in der Metallindustrie in die Tarifverhandlungen mit einer Position eintreten, die nur den Kampf zuläßt. Aber sowohl die objektive Situation der Gewerkschaftsführung als auch des Kapitals ist derart, daß sie die Anwendung von Kampfmaßnahmen wesentlich mehr einschließt als vor einem Jahr.

Zu untersuchen in diesem Zusammenhang wären frühere Arbeitskämpfe (auch Einzelstreiks) - vor allem wenn sie eindeutig durch die Unnachgiebigkeit des Kapitals bedingt waren - darauf, welche ökonomischen Bedingungen dabei auf Seiten des Kapitals gegeben waren und wie sich der Vergleich mit der heutigen Situation stellt.

4. DIE LAGE UND DAS VORAUSSICHTLICHE VERHALTEN DER ARBEITERKLASSE

4.1 Mit dem Ende der Rekonstruktionsperiode Mitte der 60iger Jahre ist auch in der Lage der werktätigen Massen eine Wende eingetreten, die ihr Bewußtsein wesentlich bestimmt hat. Ihre Reproduktionsanstrengungen dienen mehr und mehr nur noch dazu, den einmal errungenen "sozialen Besitzstand" zu verteidigen, nicht mehr ihn zu erweitern (wie in der vorangegangenen Phase...) In Zahlen drückt sich diese veränderte Situation z.B. darin aus, daß das Realeinkommen der Arbeiter und Angestellten seit 1965 nahezu stagniert. Gerade in der gegenwärtigen Situation spürt die Arbeiterklasse, wie sie immer mehr objektiv in eine Verteidigungsposition kommt: einerseits Verschärfung der Ausbeutung, die die Erhaltung der Arbeitskraft immer schwieriger macht; andererseits bleibt kein Lebensbereich von der Erhöhung der Reproduktionskosten verschont... Unter diesen Umständen stellt eine 15%-ige Forderung auch in den Augen der werktätigen Massen keine Forderung dar, die über das notwendige hinausgeht.

4.2 Diese Lage und das Bewußtsein der Arbeiterklasse von dieser Lage kann die Grundlagen sowohl für Resignation...als auch für eine Erhöhung der Kampfbereitschaft darstellen. Hier ist die Frage zu stellen, ob und wieweit bei den Werktätigen die Vorstellung existiert, daß eine Lohnforderung von 15% die Entwicklung zur Krise beschleunigt. Nach unseren Beobachtungen scheint dies im allgemeinen nicht der Fall zu sein; die Maßnahmen der Bundesregierung werden z.B. weniger als der Versuch verstanden (auch nicht propagiert), direkt die Entwicklung zur Krise zu bremsen, sondern als Maßnahmen zur "Abkühlung" der (Kapitalisten-)Konjunktur.

Weiterhin müssen wir beachten: Für die Gewerkschaft und für den Staat lassen sich verhältnismäßig genaue Aussagen über ihr voraussichtliches Verhalten in dieser Tarifauseinandersetzung machen. Aber für das Verhalten der Kapitalistenklasse und der Arbeiterklasse samt den anderen Werktätigen gilt in besonderem Maße, daß eine Untersuchung über das Verhalten der Klassen beim gegenwärtigen Erfahrungsstand nur sehr unzureichend sein kann, da die Praxis des Kampfes nicht weit genug entwickelt ist...

Zumindest läßt sich jedoch feststellen, daß die Septemberstreiks sich wesentlich auf die Entwicklung der Kampfbereitschaft der Arbeiterklasse ausgewirkt haben. In der Zeit seit dem September benutzen immer wieder Belegschaften das Mittel des Streiks zur Unterstützung ihrer Forderungen, wobei es sich nicht nur um Lohnforderungen, sondern um Forderungen verschiedenster Art handelte. In diesem Zusammenhang der wachsenden Kampfbereitschaft der Arbeiterklasse muß die Argumentation gesehen werden, mit der die IG-Metall-Führung in ihrer Studie sowohl ihre frühere Politik rechtfertigt, als auch die Flucht nach vorne antritt (Sollten die Septemberstreiks "eine neu entstehende Kampfbereitschaft breitester Arbeitnehmerschichten ankündigen, so wäre das richtungsweisend und müßte bei der Ausarbeitung der Gewerkschaftspolitik berücksichtigt werden".)

In den Septemberstreiks war die Kampfbereitschaft (neben dem Bewußtseinsstand der einzelnen Belegschaften) noch stark an die besondere Lage von Teilen der Arbeiterklasse gebunden (Benachteiligung gegenüber anderen Branchen, anderen Regionen, anderen Betrieben). Seit dem September hat sich die Lage insofern geändert, als für die gesamte Arbeiterklasse die Notwendigkeit, Abwehrkämpfe zu führen, zugenommen hat. Die Frage, die wir heute noch nicht beantworten können, ist die, in welchem Maße

dem objektiven Betroffensein als Klasse auch ein Handeln als Klasse und eine Vereinigung zur Klasse entsprechen wird.

5. WELCHE FORDERUNGEN VERTRETEN UND PROPAGIEREN WIR FÜR DIE TARIFAUSEINANDERSETZUNG IN DER METALLINDUSTRIE?

5.1 Was die Lohnforderung anbelangt, so haben wir schon in der Kampagne "Klassenkampf statt Wahlkampf" danach gehandelt, daß es nicht unsere Aufgabe ist, uns eine Lohnforderung auszudenken, sondern daß wir von den in den Betrieben und auf der untersten Gewerkschaftsebene aufgestellten die vorwärtstreibendste übernehmen und propagieren. Denn was wären denn die ökonomischen Kriterien, anhand derer wir z.B. sagen könnten: nicht 15 sondern 20 Prozent! Im Gegensatz zur Ideologie der Gewerkschaftsführer gehen wir davon aus, daß die Höhe einer Lohnforderung nicht die Frage einer ökonomischen Analyse ist, sondern eine Frage des Kräfteverhältnisses(bei dessen Bestimmung natürlich die polit-ökonomische Analyse ein Faktor ist). Unter dem Gesichtspunkt des Kräfteverhältnisses muß die von uns vertretene Lohnforderung so sein, daß sie beim gegenwärtigen Bewußtsein der werktätigen Massen von einem großen Teil vertreten wird. Deswegen halten wir es nicht für sinnvoll, von uns aus über die 15% durch Hinzufügen von ein paar Prozent mehr hinauszugehen. Wobei wir aufgrund unserer Einschätzung davon ausgehen, daß die Metallarbeiter diese 15% nicht ohne Kampf bekommen werden.
Wir werden die 15% in der progressivsten Form, in der sie gefordert wurde, vertreten. Bei den uns bisher vorliegenden Forderungen ist dies beim Antrag des Vertrauenskörpers und des Betriebsrats von Siemens-Balanstr. an die Vertreterversammlung vom 22.7. in München der Fall... Der Siemens-Balanstraße-Antrag berücksichtigt den Fortschritt, der in den Septemberstreiks gemacht wurde, indem er vielfach die Forderung nicht in Prozent, sondern in Mark und Pfennig aufgestell wurde. Nachdem der Antrag erst die Angleichung der "unteren Lohngruppenrelation von 73% zum Ecklohn zumindest an die 75% wie in Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg" und die effektive Absicherung der Lohngruppen fordert, fordert er "für alle Lohngruppen eine zusätzliche Erhöhung von 150,- monatlich. Als Gehaltsforderung legen wir einen Betrag von 150,- zugrunde. Der entscheidende Vorteil liegt darin, daß auch im Bereich von K oder T 1 bis 5 die unteren Lohngruppen, sowie im Bereich von Lohngruppe 01 bis 11 die unteren Lohngruppen mehr angehoben werden. Damit erfolft ein besserer Ausgleich gegegenüber den oberen Lohngruppen."
Wir unterstützen in diesem Punkt die Forderung, die der Vertrauensleutekörper und der Betriebsrat von Siemens-Balanstr. aufgestellt haben. Aber auch wenn es nur ein kleiner Teil der Arbeiter und Angestellten wäre, der bei 150,-DM weniger als 15% Lohn und Gehalt bekommen würde (was ggf. noch näher zu prüfen wäre), kann es nicht unsere Aufgabe sein, eine solche Obergrenze für Lohnerhöhungen festzusetzen. Denn die Anhebung der unteren Lohn- und Gehaltsgruppen soll nicht durch eine Umverteilung unter den Arbeitern und Angestellten erreicht werden. Am richtigsten würde die Umsetzung einer prozentaulen Lohnforderung in eine in Mark und Pfennig dadurch erfolgen, daß man die höchste Tarifgruppe zugrund legt. Wir können uns aber heute nicht darüber hinwegtäuschen, daß dies gegenwärtig, von den Arbeitern undAngestellten als "unrealistische" Scheinforderung angesehen würde, mit der die Linken sich nur selbst herausstreichen wollen. Unter Berück-

sichtigung all dessen, halten wir es für richtig, die Siemens-Balanstr.-Forderung in folgender Abwandlung aufzugreifen:

15% - aber m i n d e s t e n s 150,- mehr im Monat!

5.2 Nachdem die 15% inzwischen zum festen Bestandteil der Entschließungen auf unterer und mittlerer Gewerkschaftsebene geworden sind, wird im Gegensatz zur Kampagne "Klassenkampf statt Wahlkampf" das Schwergewicht unserer Agitation nicht auf der Verankerung der Höhe der Lohnforderung zu liegen brauchen. Neben der Tatsache, daß wir die 15% in ihrer progressiven Form - als 150,-DM-Forderung für alle - vertreten, muß die Lohnforderung durch die Verankerung einer Forderung ergänzt werden, die der gegenwärtigen Lage der werktätigen Massen und ihrem Bewußtsein von dieser Lage gerecht wird und zugleich vorwärtstreibenden Charakter hat. Die Lage der werktätigen Massen und ihr Bewußtsein ist wesentlich geprägt durch die Tatsache des Lohnraubs in allen Reproduktionsbereichen. Die Tatsache, daß durch steigende Preise und Steuern die Lohnerhöhungen offensichtlich ohne sichbare Grenze zunichte gemacht werden können, ist gegenwärtig im Bewußtsein der Arbeiter und Angestellten ein entscheidendes Hemmnis für die Entfaltung des Lohnkampfs. Für einen Kampf, der die Überwindung dieses Hemmnisses einbezieht und der dem Lohnraub auf allen Reproduktionsebenen entgegenwirken kann, gibt es drei Ebenen:

- Den Kampf gegen den kapitalistischen Staat und für staatliche Maßnahmen gegen den Lohnraub (wobei der Staat natürlich nicht als "dritte Kraft" betrachtet wird, die man gegen die Kapitalisten ausspielen kann, sondern der Kampf mit dem Staat als Frontabschnitt des Klassenkampfes). Diese Ebene des Kampfes setzt aber eine sehr kampfbereite und kampffähige Arbeiterklasse voraus. Als Ebene des Massenkampfs ist sie daher jetzt nicht gegeben; vielmehr haben beim jetzigen Zeitpunkt des Klassenkampfs Forderungen an den Staat nach "Preisstopp", wie sie die DKP zur Ergänzung der Lohnforderungen erhebt, ausgesprochen illusionären Charakter. Sie sind schädlich: da es die Arbeiterklasse nicht als Kraft gibt, die diese Forderungen an den Staat durchsetzen kann, muß der Staat als die Kraft erscheinen, die diese Forderungen gegen die Kapitalisten durchsetzen kann, als über den Klassen schwebende dritte Kraft. Zudem geht die DKP damit der Verpflichtung der Gewerkschaften auf den Kampf für die tatsächliche Verteidigung und Verbesserung der Reproduktionsbedingungen der Arbeitermassen aus dem Wege.
- Eine offensiv gerichtete gewerkschaftliche Tarifpolitik, die sich werder durch sogenannte "volkswirtschaftliche Gesamtinteressen" noch durch eine "Friedenspflicht" bindet, sondern die sich einzig und allein nach den Klasseninteressen der Arbeiter und Angestellten richtet und deren Maßstab einzig und allein das Kräfteverhältnis zwischen Arbeiterklasse und Kapitalistenklasse ist. Konkret würde dies bedeuten, daß keine Verträge mit festen Laufzeiten vereinbart werden, sondern sofort dann mehr Lohn u.a. gefordert und dafür gekämpft wird, wenn es das Kräfteverhältnis zuläßt. Eine solche Tarifpolitik setzt aber eine Gewerkschaft voraus, die tatsächlich die syndikalistische Kampforganisation der Arbeiterklasse ist und die die Kampfkraft der Arbeiterklasse voll zum Tragen bringt.
- Den Kampf für die Vereinbarungen, die sowohl die Kapitalisten als auch die Gewerkschaftsführung darauf festlegen, daß bei einem Abbau der erreichten Lohnerhöhung während der Laufzeit durch steigende Lebenshaltungs-

kosten, Steuererhöhungen etc. der ausbezahlte Lohn entsprechend erhöht werden muß. Andernfalls darum gekämpft werden muß.

Solche Anpassungs- und Gleitklauseln haben natürlich rein defensiven Charakter. Angesichts des Entwicklungsstandes des Kampfes der Arbeiterklasse und angesichts des gegenwärtigen Zustands der Gewerkschaften ist dies aber wohl der einzige konkrete Schritt, der auf überbetrieblicher Ebene die Verteidigung und Verbesserung der Reproduktionsbedingungen der Arbeitermassen zum Gegenstand hat.

Natürlich muß in der Agitation die Forderung nach einer solchen Anpassungsklausel für den Tarifvertrag wesentlich konkreter sein, als eben umrissen. Dies dürfte aber nicht wesentlich schwer sein, da es Vorbilder dafi[illegible]ibt und die Kapitalisten untereinander bei langfristigen Geschäften ebenfalls mit solchen Gleitklauseln arbeiten.

Es ist also zu [illegible]hieren
1. Wie sehen die Gl[illegible]sel. in den Verträgen der Ka[illegible]alisten aus.
2. Vorbilder solcher Anpassungsklauseln in Tarifverträgen und die Erfahrungen damit (Italien)

Auch wenn es sich um nicht mehr als eine rein[illegible]fensivmaßnahme zur Absicherung erreichter Lohnerhöhungen handelt, stellt dies aus folgenden Gründen einen bedeutenden Fortschritt dar: Es wird damit dazu beigetragen, daß der Lohnkampf tatsächlich als Kampf um den Preis der Ware Arbeitskraft geführt wird...Die Anpassungsklausel macht sich nur vordergründig an den Warenpreisen fest; seinem Inhalt nach ist der Kampf für sie ein Teil des Kampfs gegen die allgemeine Tendenz des Kapitalismus, die Profitrate auch durch eine Einschränkung der Reproduktion der Arbeitskraft des Arbeiters zu steigern. Indem die Entwicklung der zur Reproduktion notwendigen Warenpreise in die Festsetzung des Preises der Ware Arbeitskraft einbezogen wird, wird die Frage dessen, was der einzelne Arbeiter vom einzelnen Kapitalisten bekommt (Lohn), auf die Ebene der Auseinandersetzung zwischen der Arbeiterklasse und der Kapitalistenklasse gehoben. Zugleich wird damit dem Auftreten des Staats als scheinbar dritter Kraft entgegengewirkt. Denn solan[illegible] nur das Verhältnis zwisch[illegible]em einzelnen Arbeiter un[illegible]em Einzelkapitalisten ge[illegible] wird, solange muß ein gro[illegible] Bereich der Reproduktion der Arbeitskraft als außerhalb des Widerspruchs zwischen Arbeiter und Kapitalist erscheinen. Der Einfluß, den der Staat als scheinbar klassenneutral auf die Arbeitermassen ausübt, stützt sich auf diese Betrachtungsweise. Dem wird entgegengewirkt und der Staat wird als Instrument der herrschenden Klasse erkannt, wenn scheinbar außerhalb des Widerspruchs zwischen Arbeiter und Kapitalist liegende Bereiche in die praktischen Auseinandersetzungen zwischen den Arbeitern und den Kapitalisten einbezogen werden. Wir dürfen uns natürlich nicht der Illusion hingeben, als würde sich solch eine Anpassungsklausel in dieser Tarifrunde durchsetzen lassen. Sie würde eine derartigen Eingriff bedeuten, daß die Kapitalisten ihr einen vorerst nicht zu brechenden Widerstand entgegensetzen werden. Deshalb hat die IG-Metall-Führung sie auch von vornherein abgelehnt: aufgrund der vorgesehenen Laufzeit von höchstens 12 Monaten "erübrige sich eine Anpassungsklausel, wie sie bei einem Vertrag mit einer längeren Laufzeit sinnvoll sein könnte"....
Aber daß die IG-Metall-Führung sich überhaupt genötigt fühlt, etwas gegen eine Anpassungsklausel zu sagen, weist darauf hin, daß dieser Gedanke unter den Arbeitermassen, den Gewerkschaftsmitgliedern und unteren Funktionären'herumspukt', wie sie sagen würden...
Worum es uns bei der Agitation für eine Anpassungsklausel heute

geht, ist die Verankerung des klassenkämpferischen Inhalts dieser Forderung und der Kampf gegen eine Gewerkschaftsführung, die sich nicht für die Verteidigung und Verbesserung der Reproduktionsbedingungen der Arbeitermassen einsetzt. Dies ist damit ein Kampf dafür, daß die Gewerkschaft zur syndikalistischen Kampfesorganisation der Arbeiterklasse wird, und Vorbereitungsarbeit für die Entwicklung und Methoden des Kampfes, die der Verteidigung und Verbesserung der Reproduktionsbedingungen der Arbeitermassen dienen.

Bei der Bestimmung unserer Taktik dürfen wir nicht in das falsche Extrem verfallen und ignorieren, daß die Gewerkschaftsführung und ihr Funktionärsapparat ihre Politik gegenüber dem Kapital nicht grundsätzlich in Richtung der Entwicklung der Gewerkschaft zur syndikalistischen Kampforganisation geändert haben, sondern nur die Infragestellung ihrer Existenzberechtigung abfangen müssen. Das heißt in seiner Konsequenz: dort, wo die IG-Metall-Spitzen eine Möglichkeit sehen, der harten Konfrontation mit dem Kapital aus dem Wege zu gehen, ohne dabei ihre Existenzberechtigung vor den Arbeitermassen in Frage zu stellen, werden sie gegenüber dem Kapital nachgeben. Es ist daher eine richtige Forderung, daß die Arbeiter undAngestellten ständig über den Stand der Tarifverhandlungen und über die nächsten Schritte der Gewerkschaft in der Verhandlungsführung informiert werden müssen und daß das Ergebnis der Tarifverhandlungen einer Urabstimmung unterzogen werden muß.

6. WAS IST DER POLITISCHE SCHWERPUNKT, DEN WIR BEI UNSEREM EINGREIFEN IN DIE TARIFAUSEINANDERSETZUNG IN DER METALLINDUSTRIE SETZEN?

Es dürfte wohl kein Zweifel darüber bestehen, daß unser Eingreifen in die Tarifauseinandersetzungen sich nicht darin erschöpfen darf, für die zuvor dargestellten Forderungen zu agitieren und die Gewerkschaftsführung und Funktionäre auf allen Ebenen daran zu messen, wie sie sich für diese Forderung einsetzen. Aus der Tatsache, daß sich unsere Vorschläge auf den Einsatz von Kommunisten für die Interessen der Arbeiter und Angestellten in dieser Tarifauseinandersetzung beziehen, folgt, daß wir dabei die objektiven Interessen der Gesamtbewegung des Proletariats zu vertreten haben, also das Interesse des Proletariats am Sturz der kapitalistischen Klassenherrschaft und seiner und aller Menschen Befreiung. Diese Aufgabe der Kommunisten wird aber nicht dadurch erfüllt, daß sie als Phrase ständig beschworen wird, sondern besonders heute dadurch, daß die Notwendigkeit des Sturzes der kapitalistischen Klassenherrschaft und der Befreiung des Proletariats und aller Menschen immer wieder konkret nachgewiesen wird und der Weg mit seinen Etappen dahin gewiesen wird. Für unsere Agitation und Propaganda in den Tarifauseinandersetzungen bedeutet dies unserer Auffassung nach schwergewichtsmäßig folgendes:

6.1. Die Frage, mit der die Arbeiterklasse in der gegenwärtigen Situation für sich selber spürbar in zunehmendem Maße an die Grenzen der kapitalistischen Produktionsverhältnisse gestoßen wird, ist die Frage der <u>Reproduktion der Arbeitskraft</u>. Die gegen den Lohn eintauschbaren Waren genügen der Menge und dem Gebrauchswert nach immer weniger den Anforderungen, die aufgrund der Produktionsbedingungen an die Reproduktion der Arbeitskraft gestellt werden. Zum einen hat unsere Agitation und Propaganda die Aufgabe, die Lohnforderungen auf diesen Tatbestand zurückzuführen und damit zugleich klarzumachen, daß mit dem Kampf um mehr Lohn und für die

Absicherung erreichter Lohnerhöhungen während der Laufzeit von Tarifverträgen von vornherein nur ein Teilkampf geführt wird. Dies kann konkretisiert werden in der Ergänzung der Lohnforderungen durch Kampfziele, die die gesamten Reproduktionsbedingungen betreffen (mindestens 4 Wochen Urlaub und Urlaubsgeld von mindestens 100% des Lohns; Arbeitszeitverkürzungen, Herabsetzung des Arbeitstempos u.a., siehe KAT Nr. 2) und durch Forderungen, mit denen die Interessen von Teilen der Arbeitermassen vertreten werden, deren Reproduktionsbedingungen besonders schlecht sind (Frauen, Lehrlinge). Zum andern schafft die Zurückführung der Lohnforderung auf die Reproduktion der Ware Arbeitskraft den Ansatzpunkt, um den Zwang zum Kampf gegen die Verschlechterung der Reproduktionsbedingungen wiederum zurückzuführen auf den Grundwiderspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung und damit von der konkreten Lage der Arbeitermassen her die notwendige Perspektive des Kampfs zur Abschaffung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse zu entwickeln. Dies schließt die Bekämpfung aller Konzepte ein, die für die Arbeitermassen einen "gerechten Lohn" oder "gerechten Tausch" erlangen wollen.

6.2 Wenn wir die Lohnforderung auf die umfassende Frage der Reproduktion der Arbeitskraft zurückführen, dann schließt dies (wie schon die Kampfziele, um die die Lohnforderung dann zu ergänzen ist, zeigen) den für die Entwicklung des Klassenbewußtseins sehr wichtigen Nachweis ein, daß die Frage der Reproduktion der Arbeitskraft eine Frage der Reproduktionsbedingungen der Arbeiterklasse und nicht individueller Bedingungen ist. Nicht nur der Kampf für den Sozialismus, sondern schon der Kampf für die Interessen der Arbeiter im Kapitalismus muß von der Klasse geführt werden. Die für diesen Kampf notwendige Klassenorganisation ist die Gewerkschaft. Für unsere Agitation und Propaganda zur Tarifauseinandersetzung heißt dies: die Entlarvung der Gewerkschaftsführung und ihres Funktionärsapparats, die sich an ihrem Verhalten in der Tarifauseinandersetzung festmacht, muß auf die Ebene einer allgemeinen Behandlung der Gewerkschaftsfrage für die gegenwärtige Situation gehoben werden. Die Tatsache, daß die Verwertungsschwierigkeiten des Kapitals gegenwärtig fast ungehemmt zu einer Verschlechterung der Reproduktionsbedingungen der Arbeiterklasse führen können, ist ein Ergebnis des gegenwärtigen Zustands der Gewerkschaften und der Politik der Gewerkschaftsführung. Nach den Septemberstreiks hat sich in der Linken eine Tendenz angedeutet, die die spontanen Versuche der Arbeiterklasse, auch ohne Gewerkschaftsorganisation für ihre Interessen zu kämpfen, zum Konzept zukünftiger Kämpfe macht. Dies ist genau die verkehrte Richtung der Aufarbeitung der spontanen Streiks; die meisten Streikenden Arbeiter selber haben diesen Fehler nicht gemacht, sondern ihr Umgehen der Gewerkschaftsführung und des Funktionärsapparats als Notbehelf betrachtet. Aufgabe der Kommunisten ist es nicht, die organisatorischen Schranken spontaner Kampfmaßnahmen dadurch zu überwinden, daß sie eine Ersatzorganisation für den gewerkschaftlichen Kampf stellen. Die Kommunisten werden natürlich ihre Unterstützung für die Durchführung spontaner Kämpfe nicht versagen oder gar - wie es die DKP tut - den gegenwärtigen Zustand der Gewerkschaften beschönigen. Aber grundsätzlich besteht die Aufgabe der Kommunisten bei der Entfaltung des ökonomischen Kampfes zum gegenwärtigen Zeitpunkt wesentlich darin, innerhalb und außerhalb der bestehenden Gewerkschaften den Kampf zu organisieren, der zur Schaffung der syndikali-

stischen Kampforganisation der Arbeiterklasse führt. Hauptsächlich in diesem Kampf werden sich in der gegenwärtigen Phase die Genossen, die in Betriebsgruppen arbeiten, als zukünftige Kader der wiederaufzubauenden KP praktisch zu bewähren und neue Kader heranzubilden haben.

(gekürzt; die Kürzungen betreffen weitgehend als Belege herangezogene Zitate und Zahlen, ferner Beispiele und Anmerkungen zu vergleichbaren oder verschiedenartigen Situationen, die in die Argumentation eingeflochten waren, sowie Wiederholungen etc.)

Nachtrag zu der Dokumentation über die »Cahiers de Mai«

Uns erscheinen einige Anmerkungen zu dem Papier über Untersuchungsarbeit und den damit zusammen abgedruckten Streikberichten aus den "Cahiers de Mai" (SC 54) notwendig. Als Ergänzung zu diesen Papieren versuchen wir für die nächste Ausgabe der SC ein Papier der Minderheitsfraktion zu beschaffen (diese Fraktion wurde ausgeschlossen, was in dem Mehrheitsbericht allerdings nicht erwähnt wurde.) Die Zitate stammen aus den übersetzten Berichten in der SC 54.

Kurz zusammengefaßt noch einmal, was die Genossen aus der Redaktion der "Cahiers" als Aufgabe der Untersuchungen und der Zeitschrift bezeichnen:
1) Sie gibt den revolutionären Arbeitern in den Betrieben das Wort ("die den Kämpfen zugrundeliegenden Wahrheiten herauszuarbeiten"; "die neuen Gedanken ans Licht zu bringen, die in diesen Kämpfen zum Ausdruck kommen");
2) Sammlung der militanten Arbeiter um die Untersuchung ("Prozeß der Selbstorganisation";"eine Waffe, mit der es möglich ist, an der Basis die Einheit jener Strömung, die die Bewegung auslöste, zu fördern"); 3) Sie dient als Instrument der Propaganda und der Agitation (der Text stellt "eine Art Plattform dieser Gruppe" dar und dient auch "der Kontaktaufnahme zwischen den Betrieben"); 4) Verringerung der Kluft zwischen den Genossen außerhalb der Betriebe und den kämpfenden Arbeitern ("es ((geht)) nicht darum, daß diese außenstehenden Genossen der Arbeiterklasse eine konstruierte Lösung anbieten .., sondern darum, auf die expliziten Forderungen einzugehen, wie sie die Arbeiterkerne oder existierende Gruppen in sehr vielen Betrieben formulieren".).

Was sind nun diese expliziten Forderungen und welches sind die möglichen organisatorischen Schritte?

Zu der ersten Frage enthält der Bericht über die Studientage (das Papier über Untersuchungsarbeit) kein Wort. Zu der zweiten Frage sagt er nur, daß die erste Antwort die Untersuchung in der skizzierten Form ist; "die folgende Etappe wird darin bestehen, im Verlauf des begonnenen Prozesses eine revolutionäre Organisation der Arbeiterklasse zu bilden, auch wenn sie zu Anfang nur eine Minorität vereinigt, die die noch zerstreuten Elemente dieser Avantgarde, die sich jeden Tag in den Kämpfen neu herausbildet, sammelt und neu gruppiert" (S. 16).
Vergleicht man nun den Text über Untersuchungsarbeit, der den "Kurs der Cahiers" (10) definiert, mit den Streikberichten über Berlin, so reden die

Arbeiter von "Ermüdung" und "Monotonie", von "permanenten Produktionssteigerungen" und "verschärften Arbeitsbedingungen", von "Desorganisation der Produktion" und "Massenmanifestationen", und schließlich heißt es: "Die Ablehnung der kapitalistischen Arbeitsorganisation und die Ablehnung der Ausbeutung läßt sich nicht in Forderungen ummünzen, die sich aushandeln ließen." (22)
Genau hier wäre der Ansatzpunkt, um unter dem Gesichtspunkt einer historisch adäquaten Interessenvertretung zusammenfassende Parolen zu entwikkeln, hier wäre eine zunächst analytische und dann propagandistische Arbeit auch jener Intellektuellen zu bestimmen, die die "Cahiers de Mai" herausgeben. Aber genau an diesem inhaltlichen Problem sind die Studientage und das Untersuchungspapier vorbeigegangen. Inhaltlich zusammenfassende und damit weitertreibende Parolen werden nicht entwickelt.
Ebenso passiv verhalten sich die Redakteure in bezug auf die Frage der Organisation, "ohne die es keinen siegreichen Kampf der Arbeiterklasse geben kann" (11). Bei dem Kampf bei Berliet forderten die Gewerkschaften die Beendigung des Streiks wegen der "nicht unbeträchtlichen" Erfolge, die genau an dem vorbeigingen, was sich in den Kämpfen ausdrückte. Die Gewerkschaften "stellten sich gegen die revolutionäre Richtung", akzeptierten "die Rationalität der Geschäftsleitung" (23). Mit den Verträgen "wird den Arbeitern jetzt verboten, für ihre Befreiung zu kämpfen, wann und wie sie es gut finden" (23). Und die Schlußfolgerung: "In bezug auf die Gewerkschaften ist noch alles offen." Weil nämlich irgendeine Abteilung der CFDT die Zustimmung zur Stillhalteklausel "verurteilte"! "Die revolutionären Gewerkschaftler .. müssen in den zukünftigen Kämpfen beweisen, daß sie nicht zu denen gehören, die die Kämpfe auf halbem Weg einstellen wollen." Als hätten die vergangenen Kämpfe noch nichts bewiesen, aus dem man Folgerungen ableiten könnte. Unter diesem Gesichtspunkt braucht man über eine neue Organisation gar nicht erst zu reden; es wird sogar sinnlos, denn wenn zum unendlichsten Mal in bezug auf die Gewerkschaften noch alles offen ist und nicht analysiert wird, warum und mit welchen Methoden die Gewerkschaften systematisch abwiegeln und die Arbeiter reintegrieren und das in den "Cahiers" dargestellt wird, ist natürlich nicht im Ernst über eine Organisation zu reden, die die Bestrebungen nach Autonomie von Gewerkschaften und "linken" Parteien auffangen und weiterentwickeln könnte.

Wenn nicht das, was die Arbeiter spontan tun und sagen, zum Ansatzpunkt für eine Analyse gemacht und inhaltlich fortentwickelt wiederum propagiert, sondern einfach nur reproduziert wird, verwickeln sich die "Cahiers" in einen inneren Widerspruch: einerseits beteuern sie die Notwendigkeit von Untersuchungen, die anderer Natur sind als die Datensammlungen der Sozialwissenschaften, die den Untersuchten zum Objekt machen, sie begnügen sich aber selbst mit dem Nachdruck dessen, was Arbeiter sagen oder niederschrieben, ohne sich selbst irgendeine aktive Funktion zuzuschreiben; diese bestünde gerade in der Aufbereitung und Neuformulierung der niedergeschriebenen Notizen, d. h. sie sammeln schl

Notizen. Sie aber sammeln schlicht die sozialwissenschaftlichen Daten der Revolution. Ähnliches auf der Ebene der Organisation: wieder und wieder wird der französische Mai zitiert, in dem keine einzige Organisationsform hervorgebracht wurde, die überdauerte. Gleichzeitig wird (insbesondere bei Erwähnung der CFDT) immer wieder auf die Gewerkschaft verwiesen, die schließlich einer der Toten-gräber der Maibewegung war, und die Notwendigkeit einer autonomen überbetrieblichen Organisation der Arbeiterklasse nicht konsequent behandelt sondern darauf vertraut, daß sie in den von den Arbeitern geschriebenen Artikeln

irgendwann von selber auftaucht. Ohne eine systematische Entwicklung von Forderungen und Kampfinhalten, die eine Alternative zur Politik der Gewerkschaften bieten, wird eine solche autonome Organisation der Arbeiterklasse allerdings auch nicht möglich sein. Mit dem jeweils erneuten "Entlarven" und dem Zusatz, daß "noch alles offen" sei, ist die Arbeiterklasse immer wieder auf die bestehenden Organisationen (diese vielleicht ein bißchen radikalisiert ..) verwiesen, und jeder isolierte Streik, der die Schranken der Gewerkschaftspolitik überwindet, muß schließlich wieder in deren Falle zurücklaufen.
Aufgrund dieser erkennbaren Widersprüche befaßt sich der Teil "Von der Untersuchung zur Organisation" auch, abgesehen von dem zitierten Satz, daß eine revolutionäre Organisation der Arbeiterklasse zu bilden sei, keineswegs damit, wie sie zu bilden sei, sondern mit einer Polemik gegen Vorstellungen, die nicht mit denen der Mehrheitsfraktion der "Cahiers" übereinstimmen. Dabei wird jegliche Form von Interventionspolitik mit "voluntaristischen Aktionen der Außengruppen" (16) diskriminiert, die nur "ihre Existenz .. legitimieren" wollen und nichts zu tun haben mit den "wirklichen Kämpfen". Die Tatsache, daß diese Gruppen "die Dimension der Politik in eine Arbeiterklasse" hineintragen wollen, "deren Bewußtsein auf die Betriebsdimension beschränkt ist", wird ihnen vorgehalten als ein "Herunterspielen" des "proletarischen Charakters des Mai" (16), während die "Cahiers", die sich in der Tat weitestgehend auf der Ebene von Streiks in einzelnen Betrieben bewegen (außer, daß sie immer noch die Vorstellung nahelegen, irgendwie radikalisierte Gewerkschaften könnten eine übergreifende Bewegung in Gang setzen; als sei es nicht deren Aufgabe, diese gerade zu verhindern), sich als die einzigen und legitimen Wahrer der Tradition des Mai gerieren.
Sicherlich ist kein einziges Problem durch "voluntaristische Aktionen von Außengruppen" zu lösen. Bloß ist nicht alles, was sich von der Art nicht erschrecken läßt, wie die "Cahiers" den Mai in ihren Blättern konservieren, sondern eine andere Politik vorschlägt, unbedingt gleich eine voluntaristische Aktion von Außengruppen.

Bei künftigen Übersetzungen dieser Art werden wir darauf dringen, daß die Gruppe in der Redaktion, die sie vorschlägt, ihren Vorschlag schriftlich begründet.
(Genossen der Betriebsprojektgruppe)

DER BEFREIUNGSKAMPF IN DEN PORTUGIESISCHEN KOLONIEN

(Vom 27.-29. Juni 1970 fand in Rom eine "Internationale Konferenz zur Unterstützung der Völker der portugiesischen Kolonien" statt, bei der MARCELINO DOS SANTOS (Vizepräsident der FRELIMO und Vorsitzender der CONCP (Kongreß der nationalen Organisationen der portugiesischen Kolonien)), die hier auszugsweise abgedruckte Eröffnungsrede hielt. D. Red.)

(...) Viele Leute reden vom portugiesischen Kolonialismus, von der Unterdrückung der ca. 15 Mio. Afrikaner in Angola, Guinea und Cap Vert und Mozambique noch unterworfen sind, als von einem Anachronismus, der einer altmodischen Eigensinnigkeit eines alten Diktators mit überholten Ideen entspringt. Doch zeigen das Antlitz des Kolonialkrieges, der nun fast schon ein Jahrzehnt andauert, die Er-

neuerung der faschistischen portugiesischen Führung nach dem politischen Tod von Salazar, das Netz der Verbündeten und Komplizen, deren sich die portugiesischen Agressoren erfreuen, deutlich, daß dem nicht so ist.
Der Kolonialkrieg wie der portugiesische Kolonialismus entsprechen bestimmten strukturellen Anforderungen sowohl der herrschenden portugiesischen Klasse als auch den Kräften, die auf internationalem Niveau die portugiesische Regierung unterstützen. Wir sehen uns also nicht einer altmodischen kolonialen Metaphysik oder Mystik gegenübergestellt, sondern ganz bestimmten materiellen Interessen.
Die portugiesische Kolonialherrschaft erscheint als eine Notwendigkeit der archaischen Strukturen der portugiesischen Landwirtschaft. Obgleich ungefähr 50 % des portugiesischen Bruttosozialprodukts aus der Landwirtschaft stammen und obwohl die arbeitende portugiesische Bevölkerung sich im primären Sektor konzentriert, bleibt Portugal eines der wenigen europäischen Länder, in dem die Strukturen des Grundbesitzes in weitem Maße abhängig vom Feudalismus geblieben sind. Wenn man weiß, daß die 500 größten Grundbesitzer über ebensoviel Boden verfügen wie die 500.000 kleineren Grundbesitzer; wenn man weiß, daß 30 % der portugiesischen Bauern weniger als 1 ha eigenen Boden bearbeiten, dann versteht man sofort das Drama der portugiesischen Bauernschaft.
Es ist offensichtlich, daß sich aus dieser Situation Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung, die Not des portugiesischen Landes herleiten. Die Kolonien erscheinen dann als ein natürliches Exportgebiet für den portugiesischen Bevölkerungsüberschuß, ein Gebiet für die Absorption der portugiesischen Arbeitslosigkeit und somit sogar eine Lösung der sozialen Konflikte der portugiesischen Landwirtschaft. In diesen Rahmen fügt sich beispielsweise auch der portugiesische Plan ein, eine Million neuer Siedler im Zambesi-Tal anzusiedeln, welches durch den geplanten Staudamm von Cabora Bassa bewässert werden soll. Aus diesen Anforderungen erklärt sich teilweise die portugiesische "Siedlerpolitik", d. h. die Errichtung von portugiesischen Bauernsiedlungen ohne irgendeine technische Qualifikation in den fruchtbarsten Gebieten von Angola und Mozambique.
Andererseits finden die wichtigsten Produkte der portugiesischen Landwirtschaft - speziell der Wein - geschützt vor jeglichem Wettbewerb in den Kolonien sichere Absatzmärkte.
Die portugiesische Industrie, der Modernisierung und technischer Fortschritt fehlen, findet in den Kolonien sowohl eine privilegierte Quelle für billige Grundstoffe als auch einen sicheren Markt für ihre Produktion. Das Beispiel der portugiesischen Textilindustrie ist ziemlich symptomatisch. Nach den Informationen, die der 2. Kongreß der portugiesischen Kolonien angibt, können 30 bis 50 % der Ausrüstung dieser Branche als praktisch unbrauchbar angesehen werden.
Dennoch sind in dieser Industrie 1/3 aller industriellen Arbeitskräfte beschäftigt und der Wert der Produkte, die sie exportiert, erreichte mehr als 1/8 des Gesamtwerts des portugiesischen Exports, dank der Rolle, die die Baumwolle als hauptsächlicher Grundstoff dieser Industrie spielt. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt werden 82 % der Baumwolle von Angola und vor allem Mozambique geliefert. 1926, im Jahr des faschistischen Staatstreichs in Portugal, verbrauchte die portugiesische Industrie jährlich 17.000 to Baumwolle; die Kolonien produzierten aber insgesamt nicht mehr als 800 to jährlich. Die faschistische Regierung führte durch einen Erlaß die Verstärkung des Baumwollanbaus ein: für weite Zonen wurde bestimmten Gesellschaften das Aufkaufmonopol für Baumwolle zugesprochen. Sie hatten somit das Recht, von jedem Bauern ihrer Konzessionszone eine bestimmte Jahresquote an Baumwolle zu verlangen.
Die Textilindustrie ebenso wie die Zucker- und Pflanzenölindustrie, die

80 % ihrer Grundstoffe aus den Kolonien bezog, konnte allein dank der Vorzugspreise der Rohstoffe eine jährliche Ersparnis von mehr als 10 Mio. Dollar realisieren.
Die von der portugiesischen Industrie gewonnenen Vorteile durch die koloniale Ausbeutung können noch illustriert werden durch den Verfall der "terms of trade" zwischen den Kolonien und der Metropole: während Portugal 1962 durchschnittlich 3.500 Escudos für die aus den Kolonien importierte Tonne bezahlte, bezahlten die Kolonien pro importierter Tonne aus Portugal 9.800 Escudos gegenüber 6.500.
Die Zahlungs- und Handelsbilanz Portugals mit dem Ausland erfordert noch immer die Kolonialherrschaft als eine strukturelle Notwendigkeit der gegenwärtigen Organisation der portugiesischen Wirtschaft. Dies obwohl der Wert der portugiesischen Exporte, d.h. die Zahlungsbilanz zwischen der Escudo-Zone und dem Ausland so aktiv ist, daß die gegenwärtigen portugiesischen Goldreserven imstande sind, die Importe für ca. 18 Monate abzudecken.
Denn mehr als die Hälfte dieser Überschüsse beruhen auf den günstigen Bilanzen zwischen den Kolonien und dem Ausland.
Zu einer Zeit, in der die portugiesische Wirtschaft unter Führung von Marcello Caetano sich im Zuge der europäischen Integration und der notwendigen Modernisierung der industriellen Strukturen umzugestallten versucht, müssen wir feststellen, daß der finanzielle Beitrag der Kolonien mehr und mehr unentbehrlich wird.
Eine besonders wichtige Rolle spielt auf diesem Gebiet der Export von Arbeitern aus Mozambique nach Süd-Afrika und nach Rhodesien. An die 25 % der Überschüsse der Zahlungsbilanz zwischen der Escudo-Zone und dem Ausland stammen direkt und indirekt aus diesem neuen Sklavenhandel.
Diese Tatsachen führen uns dazu, nach der Rolle zu fragen, die unsere Länder im Kontext der imperialistischen Strategie spielen müssen.

Eine unserer wichtigsten historischen Rollen war die des Lieferanten von Arbeitskräften. Wir wollen nicht auf die Praktiken des Sklavenhandels zurückkommen. Um die gegenwärtige Situation zu verstehen, genügt es, die südafrikanischen Goldminen zu betrachten.

Wie Sie wissen, stammen 90 % der Goldproduktion der sog. westlichen Welt aus den Minen Südafrikas. Diese Minen sind nach den Experten eine ökonomische Absurdität, weil man durchschnittlich mehr als 160.000 to Erde bearbeiten muß, um eine Tonne Gold zu gewinnen. In Kanada, den USA und Australien sind Minen mit einem höheren Goldgehalt geschlossen worden, weil sie nicht rentabel waren. Dennoch scheinen die südafrikanischen Minen gute Profite zu bringen. In der Tat läßt sich der Grund des Erfolges in den Hungerlöhnen für den afrikanischen Arbeiter finden; Sicherheitsvorkehrungen gibt es nicht. So sind seit 1928 durchschnittlich 2.105 Arbeiter aus Mozambique pro Jahr durch Unfälle getötet worden. Die soziale Fürsorge für die Bergleute gibt es nur auf dem Papier; ein Bergmann verdient nicht einmal einen Dollar am Tag. Folglich kommt ein großer Teil der Minen-Arbeiter aus dem Ausland, von Angola und vor allem Mozambique, das fast 80 % der ausländischen Arbeiter in den Minen stellt.
Außer Lieferanten für Arbeitskräfte sind unsere Länder auch Lieferanten von Energie: es handelt sich hauptsächlich um Petroleum, Gas und elektrische Energie.
Es scheint, daß bis heute, was das südliche Afrika betrifft, Petroleum und Gas nur in Angola und Mozambique gefunden werden. Die Petroleumquellen in Cabinda rückten Angola auf den 4. Platz der afrikanischen Produzenten des Schwarzen Goldes. Die Gasvorkommen von Moamba in Mozambique ernähren das industrielle Herz Südafrikas, die Region von Witwaters-rand.
Aber im Energiebereich zieht vor allem das Projekt des gigantischen Cabora-

Bassa-St audammes unsere Aufmerksamkeit auf sich. Dieser St audamm, der 1/3 der gesamten in Afrika erzeugten Energie produzieren wird, wird in der ersten Ausbauphase voraussichtlich 400 Mio. Dollar kosten; d.h. an die 40 % der gesamten Investitionen im Süden Afrikas. In der Folgezeit sollen drei andere Staudämme in Uncua, Boroma und Lupata errichtet werden, die die Gesamtproduktion des Komplexes auf 50 Mrd. kwh erhöhen werden, das bedeutet eine fünfmal größere Stärke als die von Assuan zum Beispiel.
Wie wichtig diese industriellen Projekte von Cabora Bassa für Mozambique auch sind, so ist es doch offensichtlich, daß sie im Grunde ein solches Vorhaben nicht rechtfertigen. Tatsächlich verspricht man sich davon neben der Energielieferung nicht , Mozambique zu industrialisieren und die Entwicklung in SÜdafrika zu beschleunigen, sondern auch den gesamten Süden Afrikas und sogar andere Länder wie den Kongo, Tansania und Kenia zu industrialisieren, Cabora Bassa wäre die Ausgangsbasis für den Aufbau eines gigantischen gemeinsamen Marktes in dieser Zone zum ausschließlichen Nutzen der ausländischen Interessen, die die Völker beherrschen. Das Staudammprojekt von Kunene in Angola fügt sich in diese Perspektive ein. Ers ist deshalb kein Zufall, daß man in der Umgebung des zukünftigen Staudammes von Cabora Bassa südafrikanische Militärstützpunkte findet.

Die REichtümer unseres Landes und unsere Bodenschätze dienen den Interessen derer, die unser Volk unterdrücken; ob sie nun de Beers, Sumitomo, Anglo American, Gulfoil, Krupp oder anders heißen; ihre Namen sind den Vökern der Welt nur zu bekannt.
Darüber hinaus läßt die Entwicklung des antiimperialistischen Kampfes im Mittleren Orient und die neue Strategie des Seetransportes, die sich um den Einsatz von Supertankern dreht, der "Kap-Route" eine erstrangige Rolle zukommen und machen die portugiesischen Kolonien Angola, Guinea, Cap Vert und Mozambique zu einer Reihe von strategischen Punkten für die Eroberung dieser Route.
Das Archipel von Cap Vert ist somit ein strategisch wichtiges Gebiet, ideal für die Kontrolle der Verkehrsverbindung zwischen Europa und dem Süd-Atlantik und Lateinamerika.
Die geographische Lage von Angola und Mozambique hat aus diesen Ländern eine Sicherheitsgrenze für die Interessen, die den Süden Afrikas beherrschen, gemacht.

So erscheinen Angola und Mozambique gegenüber dem reichen südafrikanischen Hinterland als Zonen, die notwendigerweise für die Importe und Exporte dieser Region herangezogen werden müssen.
Die natürlichen Häfen der Region liegen für die Erze Katangas und Sambias in Angola und für die übrigen Teile in Mozambique.
Mehrmals hat zum Beispiel die südafrikanische Regierung ihre Absicht geäußert, in unseren Ländern zu intervenieren. In Wirklichkeit findet diese Intervention - sogar militärisch - bereits statt, und was noch schlimmer ist, es sind Maßnahmen getroffen worden, die darauf abzielen, die Bedingungen für eine neue Eskalation der südafrikanischen Aggression zu schaffen. (...)
Wenn man die Produktion der automatishcen Gewehre G 3 in der Fabrik von Braco de Prata (unter belgischer Lizenz und mit technischer Hilfe der BRD hergestellte Gewehre) und die Montage der einmotorigen englischen Flugzeuge AUSTER D 5/160 ausnimmt, ist die gesamte portugiesische Bewaffnung ausländischer Herkunft; die gesamte militärische Ausrüstung stammt von der NATO und einigen ihrer Mitgliedsländer, besonderes der USA. der BRD, Großbritanniens und Frankreichs, die - welcher Zufall - die wichtigsten Länder in der Ausbeutung unserer Länder sind.
Die Tatsache, daß Portugal - das rückständigste Land Europas - ein Expeditionscorps mit mehr als 150.000 Mann unterhalten kann; die Tatsache, daß es in der Lage ist, seit mehr als einem

Jahrzehnt einen Kolonialkrieg an drei Fronten zu führen, daß es mehr als die Hälfte seines Haushalts für den Krieg veranschlagt, daß es fast 2 Mio. Dollar täglich für seine Aggressionen ausgibt, daß es in seinem Belieben steht, die kriminellen Akte auf die Nachbarländer auszudehnen, beweist ausführlich die Wichtigkeit der Komplizenschaft und der Unterstützung, der es sich aus gewissen Kreisen Europas und der USA erfreut.

In der Tat ist es heute absurd, den Kolonialkrieg als einen portugiesischen Krieg begreifen zu wollen und die ganze portugiesische Strategie bestätigt das. Weil sie die Offensive verloren haben und in die Defensive gezwungen worden sind, haben sich die portugiesischen Kolonialisten - um die gegenwärtige Situation zu überwinden - in einen doppelten Prozeß der Internationalisierung des Krieges engagiert.
Diese Internationalisierung zeigt sich vor allem in der Absicht, die Aggression auf unsere Nachbarstaaten auszudehnen, um die These zu beweisen, daß unser Kampf vom Ausland gesteuert sei, und andererseits vor allem, um das unabhängige Afrika einzuschüchtern, um es so dahin zu bringen, einen negativen Druck auf unseren Kampf auszuüben.
Die portugiesischen Kolonialisten warten noch darauf, eine Situation zuschaffen, aufgrund derer ihre Verbündeten (zugunsten einer angeblichen Vermittlung zwischen Portugal und Afrika) Positionen einnehmen könnten, die den fundamentalen Interessen unseres Volkes entgegenstehen.
Das patriotische Bewußtsein der afrikanischen Massen, die richtigen Prinzipien, die die TANU, die UNP, die Kongolesische Arbeiterpartei, die Demokratishce Partei Guineas führen und der Kampfgeist der Führer wie Nyerere, Kaunda, Ngouabi und Sekou Touré haben das totale Scheitern dieser portugiesischen Pläne zur Folge gehabt. Auf jede Provokation, auf jede Aggression hin haben Tansania, Sambia, die Volksrepublik Kongo und die Republik Guinea ihre Solidarität mit unseren Völkern verstärkt, haben sie die Unterstützung unserer Organisationen ausgeweitet.

Das andere Register, welches die Kolonialisten - mitziemlichem Erfolg, das muß man ihnen einräumen - gezogen haben, ist das der Verstärkung der Allianz und die Verstärkung des Beitrages dieser Verbündeten zu ihrer verbrecherischen Sache. Während der ersten Phase, die man auf den Beginn des letzten Jahrzehnts festlegen kann, hat Portugal alles getan, um die Beteiligung des nicht-portugiesischen Kapitals an der wirtschaftlichen Ausbeutung seiner Kolonien zu erhöhen. So bot es sich für Portugal an, aus einer Wirtschaftssteuer zu profitieren, die ihm half, den Verpflichtungen des Krieges nachzukommen. Andererseits war es das Ziel- wenn erst einmal Wirtschafts gruppen ihre Interessen in den Kolonien gefestigt hatten -, diese dazu zu bringen, sich mit der Sache des Kolonialismus zu identifizieren und sie somit in "pressure groups" zu verwandeln, die in ihrem Heimatland gegenüber den jeweiligen Regierungen die Sache Portugals verteidigen.
Heute, gestärkt durch diese Stützen, fordert und erhält die portugiesische Regierung von ihren Verbündeten eine gesteigerte Hilfe, sei es im finanziellen oder militärischen Bereich. Die zunehmende Bedeutung der nicht-portugiesischen wirtschaftlichen Interessen in unseren Ländern und die Erhöhung der westeuropäischen Militärhilfe, die sie nach sich zieht, haben den portugiesischen Kolonialkrieg qualitativ verändert: die Aggression gegen uns hat sich internationalisiert und drängt zur Eskalation.

Diese Situation wird um so klarer, als angesichts der portugiesischen militärischen Mißerfolge, die sich von Tag zu Tag genauer angeben lassen, sich diese Kreise beeilen, neue Eskalations- und Aggressionspläne gegen unsere Völker zu entwerfen.
So sieht denn auch der gegenwärtige Militärplan der konservativen Partei die Entsendung von Atom-U-Booten und Flugzeugträgern an die Küsten von Angola und Mozambique vor und spricht davon, die militärische und wirtschaftliche Unterstützung des Kolonialkrieges zu verstärken, er befürwortet sogar die

Schaffung einer neuen militärischen Allianz, die, unter dem Vorwand, die Kap-Route zu schützen, in Wirklichkeit vorsieht, die Aggression gegen uns auszudehnen.
In den führenden Kreisen der NATO, der USA, der Bundesrepublik Deutschland und Frankreichs erheben sich mehr und mehr verantwortliche Stimmen, die dieSchaffung eines neuen Militärpaktes fordern, der unter dem Deckmantel einer angeblichen sowjetischen und chinesischen Bedrohung der Südflanke der NATO und der Kap-Route, gegen den Willen der Massen, die Zerstörung der rassistischen und kolonialistischen Regimes im Süden Afrikas, von Guinea und der Kapverdischen Inseln verhindern soll.
Die Wut der Imperialisten findet ihre Erklärung nicht in der Ausdehnung der bestehenden Interessen in unserem Gebiet, sondern vor allem in der wirkungsvollen Infragestellen dieser Interessen durch unseren Kampf.
(...)
Unseren Kampf, seine Orientierung, seine Ziele zu bestimmen, heißt vor allem, die soziale Basis des Kampfes bestimmen, heißt die Natur und die Schärfe der Widersprüche zwischen unserem arbeitenden Volk und den sie unterdrückenden Kräften bestimmen.
(...)
Die Herrschaft der Konzessionsgesellschaften und der Einfluß dieser großen landwirtschaftlichen Gesellschaften bedeuten in Wirklichkeit das totale Elend für die Bauern der Baumwollfelder in Mozambique, der Kaffeeplantagen in Angola und der Erdnußfelder in Guinea. Die Gesellschaften zwingen die Bauern zur Zwangsarbeit auf ihren Felder, was für die Gesellschaften sehr profitabel ist, was aber den Bauern nicht mehr als den Lohn von 17 US-Cent pro Tag einbringt. Die Konzessionsgesellschaften zwingen den Bauern, Baumwolle oder Kaffee zu produzieren, damit er am Ende eines Arbeitsjahres unter günstisten Voraussetzungen etwa 40 Dollar einnimmt, die zu nichts anderem dienen, als die ewigen Schulden in den

Für unsere Bauernschaft verkörpert die nationale Befreiung vor allem die Abschaffung der Gesellschaften. In den befreiten Gebieten von Angola, Guinea und Mozambique gab es nach der Zerschlagung des militärischen und administrativen Unterdrückungsapparates für die Gesellschaften kein Überleben mehr. So ist die CUF aus der Landschaft Guineas verschwunden, so mußte die SAGAL die Ausbeutung der Bauernschaft von Mueda einstellen. Vor allem der eng mit den Gesellschaften verbundene Kolonialstaat, der die Bauern verhaftet, um sie der Zwangsarbeit zu unterwerfen, der jegliche Anfechtung der kolonialen Ausbeutung brutal unterdrückt, der die Bauern in Form von Steuern dazu zwingt, das Einkommen von drei Monaten abzugeben; der Staat, seine Verwaltung, Gesetzgebung, Justizbehörden und die Gesamtheit seines Aufbaus, ist zu nichts anderem als zur Unterjochung des arbeitenden Volkes gut und auch er muß im Prozeß des bewaffneten nationalen Befreiungskampfes zerschlagen werden.

Es ist offensichtlich, daß, wenn erst der Militärapparat einmal zerstört ist, niemand mehr die Anwesenheit oder den Inhalt der Kolonialverwaltung dulden wird.
Die Zerschlagung der Macht des Kolonialstaates und der Macht der Gesellschaften sind deshalb Ziele der Bauernschaft, die unser Kampf täglich in die Tat umsetzt.
Diese Ziele sind auch die der Gesamtheit der Arbeitermassen unseres Landes, der Land- und INdustriearbeiter, der Bergleute und der Fischer, des ganzen arbeitenden Volkes, ausgequetscht durch die Steuern, der Zwangsarbeit unterworfen, Opfer aller Arten von Brutalitäten und Demütigungen.
Deshalb deutet sich in den befreiten Gebieten von Angola, Guinea und Mozambique eine Staatsmacht an, eine wirtshcaftliche und soziale Organisationsform, dieden Sieg des arbeitenden Volkes ausdrückt, die für immer ausländische oder nationale Strukturen ausschließt,

welche den Menschen der Ausbeutung unterwerfen oder die, indem sie ihn von der Selbstbestimmung ausschließen, aus ihm ein Objekt und niemals ein Subjekt der Zukunft seiner Geschichte und seiner Gesellschaft machen.
Durch die Volkskomitees auf der Ebene der verschiedenen Verwaltungsstufen, durch die Volksgerichte und das System der Produktions- und Handelsgenossenschaften sind wir im Begriff, in unseren Ländern eine neue Sozialordnung, die vom Volk getragen wird, zu schaffen, eine wirklich neue und revolutionäre Macht.
Gerade weil unsere Aktion eine revolutionäre Aktion ist, d. h., weil sie auf dem Sturz der alten Ordnung, auf der Schaffung neuer sozialer Produktionsverhältnisse auf der freien Entfaltung der Produktivkräfte beruht, sind wir imstande gewesen, die massive Unterstützung unserer Völker zu gewinnen und somit fähig, siegreich zu kämpfen.
Sie verstehen nun die Bedeutung, die wir dem ideologischen Faktor beimessen, dem Problem der Ausarbeitung einer richtigen politischen Linie.

Eine metaphysische Rationalität in eine wissenschaftliche zu verwandeln, falsche Bindungen der Stammesordnung zu sprengen zugunsten einer nationalen Solidarität, die von der Vergangenheit geerbten und vom Kolonialismus verstärkten ethnischen, sprachlichen und anderen Trennungen zu überwinden, um die Einheit der revolutionären Kräfte aufzubauen, die Massen dahin zu führen, daß sie ihren Feind genau erkennen, eine klare Linie zwischen Freund und Feind zu errichten, klar das Sekundäre vom Essentiellen zu unterscheiden, sind die fundamentalen Aufgaben, die erfüllt werden müssen, um die Revolution siegreich zu Ende zu führen. Allein eine Ideologie, die mit den objektiven Interessen des arbeitenden Volkes wissenschaftlich übereinstimmt, ist in der Lage, uns ein brauchbares analytisches Instrument zu liefern, das diesen Anforderungen genügt. Deshalb entspricht der Kampf um eine revolutionäre Ideologie dem Kampf um die Entfaltung unserer bewaffneten nationalen Befreiung.

Das trifft auf die natürliche Opposition all der Kräfte in unserem Lande, die die nationale Befreiung als nichts anderes begreifen, als ihre Machtergreifung als neue Ausbeuter, zu. Der Charakter und der Inhalt unserer Ideologie, die Form der Volksmobilisierung und der Kampf, in welchem wir engagiert sind, können die egoistischen und gegen das Volk gerichteten Ziele dieser ausbeuterischen Minderheit nicht zufriedenstellen, die sich gegen die Revolution organisiert hat, sei es, daß sie sich offen mit den portugiesischen Kolonialisten verbündet, sei es, daß sie Spaltungsmanöver betreibt, die dazu bestimmt sind, die Massen zu betrügen und Verwirrung in den Reihen der Kräfte zu stiften, die uns unterstützen. Aber ebenso wie der Wind die kleinen Wolken zerstreut, die behaupten, die Sonne zu verdunkeln, ebenso wird die wachsende Einheit unseres kämpfenden Volkes, die sich in der kontinuierlichen Ausweitung unseres Kampfes veranschaulicht, alle gegen das Volk gerichteten Komplotts besiegen.
(...)

(Übersetzt nach den hektographierten Konferenzmaterialien)

Der für diese Nummer angekündigte Bericht über POTERE OPERAIO erscheint voraussichtlich in der nächsten Nummer.

Geries/Löbel
DIE ARABER IN ISRAEL
Zur Lage der Araber in Israel/Zur Geschichte und Funktion des Zionismus
TRIKONT-VERLAGSKOOPERATIVE
8 München 80
Josephsburgstraße 16

GESCHICHTE DER KOMMUNISTISCHEN JUGEND-INTERNATIONALE

Band I
Von den Anfängen der proletarischen Jugendbewegung bis zur Gründung der KJI

Band II
Gründung und Aufbau der KJI

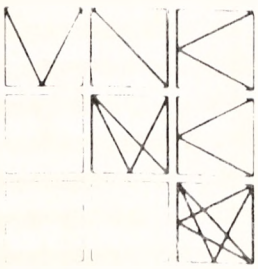
Band III
Der Kampf um die Massen
Vom II. zum V. Weltkongreß

pro Band ca. DM 7.-

trikont verlagskooperative

8 München 80
Josephsburgstraße 16
Tel. 43 38 74
BAG-Nr. 16-515

Verlag Neue Kritik KG



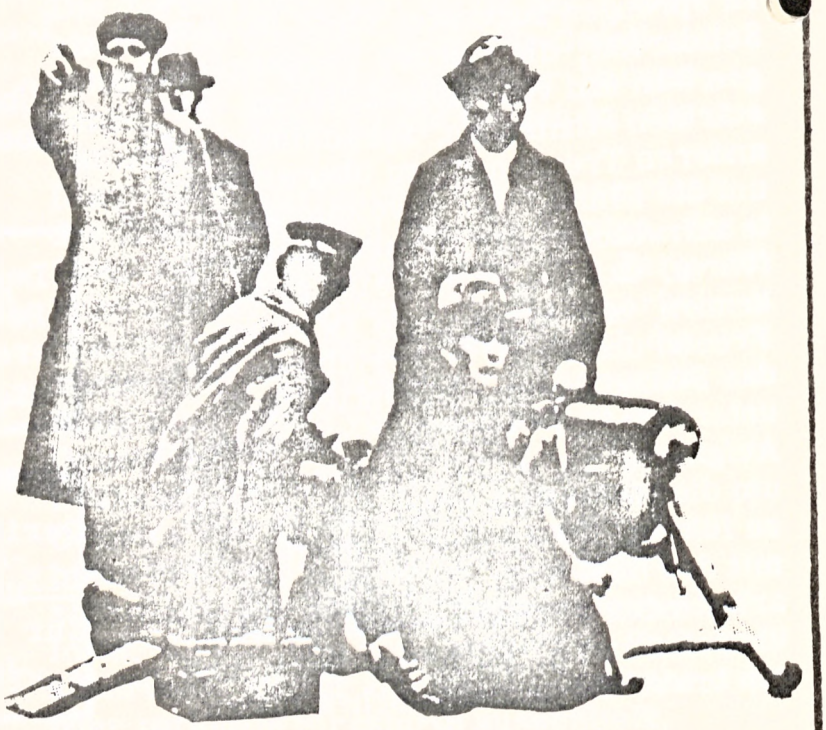
Spontaneität und Massenaktion im „Wohlfahrtsstaat"
Die schwedischen Streiks im Winter 1969/70

Probleme sozialistischer Politik 20
ca. 160 S., ca. DM 10.00
September

Illustrierte Geschichte der deutschen Revolution

Format 29,7 x 21 cm, 528 Seiten
DM 20,00

Das 1929 im Internationalen Arbeiter-Verlag erschienene - von Paul Frölich redigierte - Werk war bis vor kurzem fast verschollen und praktisch nur Historikern und bibliophilen Liebhabern zugänglich. Erst in den Händen der revolutionären Gruppen, die an der Aktualisierung der praktischen und theoretischen Tradition des Marxismus arbeiten, wird diese "Illustrierte Geschichte" wieder zur Waffe im Befreiungskampf. Das grosse Werk ist für die Herausbildung revolutionären Geschichtsbewusstseins unentbehrlich. Es informiert nicht nur über die damaligen revolutionären Kämpfe, an ihm kann man auch die praktische Entfaltung der revolutionären Theorie in jener Epoche des Befreiungskampfes in Deutschland studieren.



agit-buch-vertrieb-gmbh 6000 frankfurt 90 leipziger strasse 67c telefon 77 91 57